

An die Kreisvereinschaft
Kommission
Fischern.

Fastenstr. 87

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Demokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abrechnung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Actourmarke.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Freitag, 24. November 1922.

Nr. 276.

Die verhaßte Demokratie.

Eviva Mussolini! Das ist der Sultandingsruf, der heute auf den Lippen der Reaktionsäre aller Länder schwebt. Mussolini, der Verächter der Demokratie, der Mann des Staatsstreiks, der wenigstens zeitweilige Befreier der italienischen Arbeiterbewegung, ist für die Kapitalistenklasse der Held des Tages geworden, dem nachzuahmen ihr sehnlichstes Bestreben wäre. Der Gedanke, den Mussolinis Beispiel in ihnen erweckt, ist: So muß es gemacht werden, um die Besitzinteressen vor der sozialistischen Bewegung noch wirksamer als bisher zu schützen. Der Starke hat recht. Mögen auch Gewalt, Mord und Brandlegung seinen Weg bezeichnen, Hauptsache ist, daß es ihm gelingt, die verhaßte Demokratie zu erschüttern, welche die Bourgeoisie zwingt, Stück um Stück ihrer Macht mit den Massen des arbeitenden Volkes zu teilen. Darum nährt die Kapitalistenklasse überall, verzückt durch das Beispiel Mussolinis, die Hoffnung auf das Kommen des „starken Mannes“, der den Plunder der Demokratie wegräumt und die Bourgeoisie wieder als Meinherrscherin auf den Thron setzt.

Es gibt, mit Ausnahme etwa Englands, kaum ein Land in Europa, in dem die Bourgeoisie nicht drauf und dran wäre, der Demokratie den Lebensfaden abzuschneiden und alles daran zu setzen, mit faschistischen Mitteln die Macht zu erreichen. In Ungarn, Bayern und Italien, wo der Kommunismus die Reaktion mit jugendfrischen Kräften erfüllt hat, war es dem Faschismus ein leichtes, den vollen Sieg davonzutragen. Der Faschismus trägt in den einzelnen Ländern verschiedene Namen, aber er ist sich in seinem Wesen überall gleich. Die Organisierung der Orgeschunden in Deutschland, oder jene der Heimwehren in Tirol und Steiermark — was sind sie anderes, als der Versuch der Anwendung des Mussolinischen Rezeptes? Ganz offen wird in Deutschland von den Hakenkreuzlern die Einsetzung eines Diktators angestrebt und einer ihrer Vorträge, der deutschnationale Oberst von Tandler, faßte seine Meinung über die Demokratie dahin zusammen, daß „die Parlamente ein un deutsches Gewächs und ungeeignet seien, die Geschichte des Volkes zu leiten.“ Auch den Christlichsozialen und Großdeutschen in Oesterreich ist das Parlament, die Demokratie, ein Grauel, das sie, je eher, je lieber, beseitigen möchten. Wäre die Angst vor der Arbeiterkraft nicht, sie hätten mit ihren Heimwehren, deren Organisierung sie gelegentlich betreiben, das Beispiel des Helden und Heiligen der internationalen Kapitalistenklasse, Mussolini, längst nachgeahmt. Daß sich auch in Jugoslawien und Rumänien faschistische Bestrebungen zeigen, bedarf angesichts des dort herrschenden Gewaltregimes, dem das Parlament nur als der blinde Vollstrecker seines Willens dient, keiner weiteren Beweisführung, aber wie allgemein die Diktaturgelüste des Bürgertums geworden sind, dafür spricht der Umstand, daß sogar in der Schweiz, dem Lande, in dem die Demokratie am festesten verankert schien, die Ideen des absolutistischen Kraft- und Hebermenschen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Dort ist es der General Wille, der die Mißachtung des Volkswillens predigt, indem er in den „Nationalheften für Politik und Kultur“ gegen die Vermögensabgabe schreibt und die Parole ausgibt, auch für den Fall des Gesetzes durch die Mehrheit des schweizerischen Volkes, diesem „Verfehle“ keine Folge zu leisten. Ja, selbst in Japan hat sich der Faschismus in einer Vereinigung, die sich „Konfusui-Kai“ nennt und die den japanischen Innenminister zum Gründer hat, etabliert, eine Vereinigung, die gleich jener Mussolinis den schändlichsten Terrorismus gegenüber den Ansätzen der Arbeiterbewegung in diesem Lande zum Ziele hat.

Und ist bei uns die Sehnsucht der Besitzklassen nach Anwendung der Methoden des Faschismus etwa geringer? Der Machtköcher läßt auch hier die Bourgeoisie zu dem „starken Mann“ freudigst bewegt aufblicken, der, frei von aller Sentimentalität, mit brutalem Zugriff sich des Staatsruders bemächtigte, den Massen den „Herrn“ zeigte und mit so viel

Abwartende Haltung zur Regierung Cuno.

Vorausichtlich keine lange Dauer des Kabinetts.

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) Die Reichstagsparteien nehmen gegen das Kabinett Cuno vorläufig eine abwartende Haltung ein. Bemerkenswert ist, daß Zentrum und Demokraten erklären, das Kabinett sei keine Regierung der Arbeitsgemeinschaft. Offenbar glauben auch sie nicht an eine lange Dauer des Kabinetts und wollen sich auf jeden Fall den Rückzug zur alten Koalition offen halten. In der morgigen Reichstagsitzung dürfte der Reichstagsrat sein Programm vorlegen, dann wird eine zweiwöchige Pause eintreten, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Debatte soll aber noch Samstag zu Ende geführt werden. Nächste Woche dürfte der Reichstag nicht togen. Das Regierungsprogramm soll auf der Antwortnote vom 13. November fußen und auch ein Bekenntnis zur Verfassung enthalten. Im übrigen wird es auf die Erfüllungspolitik nur kurz Bezug nehmen. Freitag vormittags werden die Parteivertreter von dem Programm in Kenntnis gesetzt werden. In Erkenntnis der eigenen Schwäche verzichtet das Kabinett auf ein positives Vertrauensvotum und begnügt sich mit einer Billigkeitsformel, die das Wort „Vertrauen“ gar nicht enthält und die den Sozialdemokraten die Zustimmung möglichst machen soll. Heute nachmittags hat sich die sozialdemokratische Fraktion in einer Sitzung mit der Zusammensetzung des Kabinetts beschäftigt, über die allgemeine Mißstimmung herrscht. Sicher ist, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, einer positiven Vertrauensformel zuzustimmen. Der endgültige Beschluß soll Freitag gefaßt werden. Genosse Breitscheid wird als erster, Genosse Hermann Müller als zweiter Redner sprechen.

Die Stellung der Sozialdemokraten.

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) Ueber die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Kabinett Cuno schreibt heute der sozialdemokratische Parlamentsdienst in einem Artikel, daß die sozialdemokratische Fraktion erst die Erklärung der neuen Regierung hören müsse, bevor sie sich über Billigung und Mißbilligung entscheiden kann. Ein Sturz der Regierung in den nächsten Tagen würde neue Wirren zur Folge haben, oder die sozialdemokratische Partei zu einer Revision ihrer Haltung und zur Ermöglichung des großen Koalition zwingen. Für eine andere Lösung ist die Lage nicht reif, daher bleibe nichts übrig, als sich zu gebüden, bis sich bessere Möglichkeiten zum Sturz der Regierung bieten. Daß die kommunistische Parole: „Her mit der Arbeiterregierung“, gegenwärtig keinen Sinn hat, bedarf für einen politisch Denkenden keines Beweises. Eine Arbeit-

Glück, auf den Sklaveninstinkt im Menschen spekulierend, die Scharen derer, die nicht alle werden, um sich sammelte, um mit ihrer Hilfe die Auferstehung seines Herrenmenschtums herbeizuführen. Aus den Spalten gewisser deutsch- wie tschechischbürgerlicher Zeitungen quoll, oft gar nicht verhalten, nach dem Siege des italienischen Faschistenführers der Jubel so hervor, als hätte ihre eigene Sache gesiegt. Und mehr noch: wie wir seinerzeit zeigten, ist von deutschagrarischer Seite die Anregung zur Bildung der „erzernen Hundert“ ausgegangen, die nach dem Vorbild der einstigen „schwarzen Hundert“ dem sozialistischen „Terror“ mit dem Argumenten der schießenden Platte und dem geschwungenen Dreifachegel ein radikales Ende bereiten sollten. Im tschechischen Bürgertum hat die Begeisterung für die faschistische Gewalt Herrschaft schon in einem Städtchen Mährens durch Rachaffung der Schwarzhemdenbänder ihren Ausdruck gefunden. Und daß der Finanzminister Herr Dr. Rathkin es wagen konnte, im Prager Industriellenklub Sprache und Geste Mussolinis nachzuahmen, und unverschämte an die Bourgeoisie appellierte, die jetzt, da der „Zug nach rechts“ gehe, ihre „staatsmännische Prüfung“ ablegen müsse, zeigt, wie sicher er sich dabei der Zustimmung seiner kapitalistischen Klassengenossen fühlt. Die Person müsse gewinnen, nicht die Masse! Das ist freimütig ausgedrückt, was auch bei uns die herrschende Auffassung breiter Schichten des Bürgertums ist: die Masse hat zu kuscheln, die kapitalistischen Edelmenschen zu beschlen!

terregierung hätte parlamentarisch keine Grundlage und außerparlamentarisch, unter den jetzigen Machtverhältnissen erst recht nicht. Verwirrung schaffen ohne einen Plan, sie wieder bezulegen, ist nicht Sache der Sozialdemokratie. Daraus geht hervor, daß man vorläufig die Regierung Wurzeln schlagen lassen muß. Sie muß erst zeigen, was sie kann, muß sich auch den Augen der Unschlüssigen als agrarisch-großkapitalistische Regierung gezeigt haben, bis sie zum Sturz reif ist. Die Sozialdemokratie muß selbst den Zeitpunkt zum entscheidenden Schlage wählen können.

Lohnkämpfe der Berliner Arbeiter.

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) Heute sind die Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahnen in den Streik getreten, weil dreiviertel der Angestellten einen Schiedspruch abgelehnt haben. Seit voriger Woche streiken die Kohlenarbeiter. Heute haben sich die Transportarbeiter ihnen angeschlossen. In der Metallindustrie wollen die Unternehmer größere Aussperrungen vornehmen. Sie verlangen, daß die vor einer Woche ausgesperrten Arbeiter ihre Bedingungen annehmen, widrigenfalls alle noch arbeitenden ausgesperrt werden sollen.

Der Generalkommissär für Oesterreich.

Wien, 23. November. Der Bürgermeister von Rotterdam, Dr. Zimmermann, wird am Samstag in Wien eintreffen. Wie mitgeteilt wird, ist die Nachricht von dessen Bestellung zum Generalkommissär von Oesterreich bereits in Wien eingetroffen. Der Generalkommissär wird die Finanzdelegierten des Völkerbundes, deren Tätigkeit durch die Annahme des Wiederaufbaugesetzes im Parlament beendet ist, ablösen. Die Finanzdelegierten des Völkerbundes erwarten noch die Ankunft Dr. Zimmermanns und verlassen sodann Wien in den nächsten Tagen. Der Generalkommissär wird in der alten Hofburg amtierend.

Mussolini an Poincarés Seite.

Lausanne, 23. November. (Savas.) Mussolini erklärte in einer Unterredung mit italienischen Journalisten, Deutschland könne und müsse zahlen. Er fügte hinzu, Italien schließe sich denjenigen an, welche für diese Lösung eintreten. Wäutermedien zufolge werden in Italien vom 1. Dezember ab 100 Züge aus Ersporungsgründen eingestellt werden.

Das Wesen des Faschismus ist das Streben nach Unterdrückung der Arbeiterklasse, die Mißachtung des Willens der Masse, auch wenn sie die Volksmehrheit darstellt, die Vereitigung der verhaßten Demokratie. Dieses Wesen ist das Wesen der Kapitalistenklasse selbst. Wenn die Arbeiterkraft, sei es auch nur durch das Mittel des Streiks, für ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen kämpft, ist die Bourgeoisie auch jetzt noch immer mit dem Vorwurf der Bedrohung der Freiheit und Demokratie prompt zur Hand, und alle ihre publizistischen Soldschreiber schreiben sich über die „Zerstörer der bürgerlichen Rechtsordnung“ die Finger wund. Aber diese selbe Bourgeoisie bedenkt sich keinen Augenblick, diese bürgerliche Freiheit mit dem Fuße wegzustößen, die Rechtsordnung über den Haufen zu rennen, und selbst die eingewurzeltesten Einrichtungen der Demokratie zu zertrümmern, wenn es ihr Profitinteresse erheißt, oder sie sich verspricht, den Einfluß der Arbeiterkraft damit zu vernichten. Die „Majestät Demokratie“ sinkt zur Stallmagd herab, der Willen der Volksmehrheit gilt ihr gleich Null, wenn ihre Macht eine Einbuße erfährt.

Die Arbeiterschaft kann aus dem Haß, mit dem das Bürgertum der Demokratie gegenübersteht, die notwendigen Lehren ziehen. Daß die Kommunisten sich mit den Mussolinis aller Nationen in der Abneigung gegen die Demokratie so innig kreuzen, kann für die Arbeiterschaft kein Grund sein, sie vor den dreisten Angriffen der Bourgeoisie mit weniger Eifer zu verteidigen.

Vor der sächsischen Regierungs-

Die sächsischen Landtagswahlen haben bekanntlich mit einer Niederlage des Bürgertums geendet. Sein Ansturm wurde abgeblasen und erneut zieht eine Linksmehrheit in den Landtag ein. Das verpflichtet die rechte sozialistische Regierung, die während zweier Jahre die Regierungsgewalt inne hatte und dadurch den Interessen des Proletariats zu dienen vermochte, weiterhin aufrecht zu erhalten. Deshalb hatte die Vereiniigte Sozialdemokratische Partei sich sofort nach den Wahlen an die Kommunisten gewandt, eine rein sozialistische Regierung bilden zu lassen. Das weiter gesteckte sozialdemokratische Ziel, eine rein sozialdemokratische Mehrheit, ist nicht erreicht worden. Immerhin besteht eine proletarische Mehrheit und die neuerdings gesteigerten Geföhren im Reiche, besonders der Umstand, daß mit einer bürgerlichen Reichsregierung zu rechnen ist, zwingen geradezu, alle Nachpositionen der Arbeiterschaft zur vollen Geltung zu bringen. Am Weiterbestand der rein sozialistischen Landesregierung in Sachsen ist daher das ganze deutsche Proletariat interessiert.

Es ist gegenwärtig noch nicht abzusehen, ob eine Regierungsabänderung zusammen mit den Kommunisten erreicht wird. Das proletarische Mehrheitsverhältnis hat sich um zwei Stimmen günstiger gestaltet. Die Tragfähigkeit einer sozialistischen Regierung ist also gegeben. Aber die Kommunisten verhalten sich unklar und demagogisch wie immer, und man weiß noch nicht bestimmt, wie ihr Verhalten zu deuten ist. Zunächst hat sich die R. P. D. bereit erklärt, unter gewissen Voraussetzungen gemeinsam eine Arbeiterregierung zu bilden. Sicherlich liegt hierin schon eine starke Wandlung der R. P. D., die man noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit nicht für möglich gehalten hätte. Die grundsätzlichen Antiparlamentarier müssen eben auch den Forderungen des Tribuns zollen. Ihre Theorien werden durchlöchert. So wie sie wider Willen fast zwei Jahre die bisherige sozialistische Regierung unterstützen mußten, so besteht auch ein Zwang für sie, ihre frühere Haltung gegenüber den Regierungen gegenüber, die auf parlamentarischer Grundlage aufgebaut sind, zu revidieren. Freilich geschieht es noch in einer Weise, die deutlich beweist, wie unangenehm sich die Kommunisten dabei fühlen. Die U. S. P. D. hatte die einzige Bedingung für den Eintritt von Kommunisten in die sächsische Landesregierung gestellt, daß die Reichs- und Landesverfassung anerkannt werde. Die Kommunisten umgehen die Antwort auf diese Forderung nach Möglichkeit. Sie erklären, eine Verfassungsänderung als Nachfrage und eine formelle Zustimmung zur Verfassung für nebenächlich. Wie sich die Kommunisten ihr Verhalten zurüchlegen, ist natürlich belanglos. Die Hauptsache ist, daß im Rahmen des Gegebenen gearbeitet wird. Kommunistische Experimente würde die U. S. P. D. scharf zurückweisen, denn sie würden sicherlich zum Schaden des Proletariats auslaufen.

So ist es auch zum Teil mit Forderungen, die die Kommunisten als Bedingungen für ihren Regierungseintritt aufgestellt haben. Sie verlangen zum Beispiel Verfassung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brot, Kartoffeln und Kohlen zu herabgesetzten Preisen, sofortige Einziehung der Steuern bei den Besitzenden, Ausschreibung einer Zwangsanleihe, Verbot der Betriebsbeschränkungen und anderes mehr, was unmittelbar der Reichsgesetzgebung untersteht. Das kann nur dem Reiche gegenüber vertreten werden. Ferner verlangen die Kommunisten, was teils schon durchgeführt ist oder erfolgreich im alten Landtage in Angriff genommen wurde und durch die Auflösung des Landtages, die ja die Kommunisten verschuldeten, liegen blieb. Diese kommunistischen Forderungen sind ebenso agitatorischer Art wie die ergründeten. Schließlich wird erneut ein Betriebsrätekongreß als Kontrollinstanz der Landesregierung verlangt. In seiner Antwort an den Landesauschuß der R. P. D. hat der Landesauschuß der U. S. P. D. unzuweideutig geantwortet: „Was irgend im Rahmen der Verhältnisse möglich ist, soll und muß geschehen. Einige Forderungen aber — und das gilt besonders für das Verlangen, alle das Proletariat berührenden Gesetze der Volksversammlung, der Betriebsräte und dem Betriebsrätekongreß vorzulegen — lehnen wir ab, weil diese Forderung eine solche des Gesamtproletariats nicht ist, die Betriebsräte vielmehr nur ein Organ der Gewerkschaftsbewegung sind und die Gewerkschaften selbst in allen wirtschaftlichen Fragen von der Regierung zu Rat gezogen werden.“ Wenn keine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung zuzukande kommt, dann ist mindestens zu hoffen, daß die bisherige Regierung passiv

von den Kommunisten unterstützt wird. Würden die Kommunisten auch hierzu zu kurzfristig sein; dann wäre keine andere Regierungsberechtigung mehr gegeben als eine solche mit Einschluß der Deutschen Volkspartei. Denn die Kombination, das Regieren unter Umständen mit den Demokraten zu versuchen, ist dadurch historisch geworden, daß infolge einer Eigenartigkeit des Wahlberechnungssystems die Deutsche Volkspartei nachträglich einen Landtagsitz mehr bekommen hat und infolgedessen eine sozialdemokratisch-demokratische Mehrheit nicht mehr vorhanden ist. Meiner Ansicht nach freilich darauf hin, daß es die Kommunisten nicht wagen werden, eine sozialistische Regierung zu laborieren. Traglich ist nur ihre offizielle Anteilnahme.

Infolge der ungeheuren Notlage haben die Kommunisten verhältnismäßig besser abgeschnitten, als es ihnen sonst vergönnt gewesen wäre. Ihr agitatorisches Kalkül hat sie nicht völlig betrogen. Immerhin müssen sie sich sagen, daß ein getronener Sitz, gemessen an ihren großen Hoffnungen, kein Erfolg war. Erneute Wahlen würden kein anderes Resultat zeitigen. Diesmal haben die Kommunisten noch gewisse Ausreden dafür gehabt, daß sie den Bürgerlichen bei der Auflösung des Landtages halfen und deren Bestreben unterstützten, die Regierung zu stürzen. Nunmehr aber sind sie endgültig vor die Alternative gestellt: Die Rhodus, die falls!

nach darauf hinweisen, daß die Gemeinden sehr schwer durch die nicht eingelöste Kriegsanleihe belastet sind. Was tut nun der Staat angesichts der wirklichen Notlage der Gemeinden? Er gibt Nat- schlag: Man soll sparen. Er belastet aber selbst die Gemeinden ungeheuer. Heute sind die Gemein- den eigentlich nur

als die Büttel des Staates,

da. Auch die Frage der Wohnungsreform ist nicht vom Fleck zu bringen. Man kann also wohl sagen, daß die finanzielle Lage der Gemeinden unerträglich geworden ist. Das System der Zuschläge zu den direkten Steuern ist schon längst unzulänglich und andere Einnahmequellen, eine gewisse Steuer- heit der Gemeinden ist unbedingt vonnöten. Sehr schlecht hat sich für die Gemeinden das Sys- tem der direkten Einhebung der Umlagen mit Hilfe der staatlichen Steuerämter bewährt.

Die Gemeinden stehen vor dem Bankrott.

Ich habe gesagt, da die Gemeinden in finanzieller Beziehung gedrosselt werden. Ich möchte hinzufügen, daß die ganze Politik der Mehr- heit darauf hinausgeht, das Leben der Gemeinden immer mehr

im Sumpfe der Zentralisation und des staatli- chen Bürokratismus zu erlöden.

Man will das Eigenleben der Gemeinden aufhe- ben. Ich möchte an einem Beispiel hervorheben, das auch charakterisiert, wie sehr die Bewegungsfreiheit der Gemeinden systematisch eingeschränkt wird. Es betrifft die Verstaatlichung der Polizei. Aber die Mehrheit und die Regierung gehen noch weiter, um die Bewegungsfreiheit der Gemeinden einzuschränken. Schon vor Jahren sind die Finanz- kommissionen aufgrund des Gesetzes vom 7. Februar 1919 geschaffen worden, welche eine Kontrolle über die Bedienung der Gemeinden ausüben und eine Aufsichtsbefugnis sind, die sich nicht in allen Fällen bewährt hat. Ich möchte daran erinnern, daß auch das Repräsentationsrecht der Gemeinden bei der Anstellung von Lehrpersonen so gut wie aufgeho- ben ist.

Die Frage der Strafkosten, der Bezeichnung der Gassen und Plätze ist ein Kapitel für sich. Hier zeigt sich sehr deutlich der Wille, die Freiheit der Gemeinden einzuschränken.

Ich möchte erwähnen, daß der Staat auch in das Gesundheitswesen eingegriffen hat, indem er die Gesundheitspolizei durch den § 20 des ersten Nachtrags zur Gemeindeordnung in seine Hand nimmt. Ab 1. Jänner sollen nach diesem Gesetz die Gemeinde- und Distriktsärzte verstaatlicht werden. Nun ist es aber merkwürdig, daß bis heute keine Durchführungsverordnung erschienen ist. Es ist bezeichnend, daß man 13 Millionen Kronen weniger in das Budget eingesetzt hat, offenbar in der Absicht, die Gehälter der Gemeinde- und Distrikts- ärzte zu verkürzen. Wir legen nur das Interesse der Gemeinden und Bezirke am Herzen und wir müssen daher Protest gegen die Gefahr erheben, die durch den Gesundheitsminister heraufbeschworen wird, daß

ab 1. Jänner kein Gesundheitsdienst mehr möglich ist. Ich möchte die Regierung auffordern, diesem Standal vorzubeugen.

Wir erheben daher mit Nachdruck und Energie gegen diese Zentralisierung, gegen diese Zentra- listierung, gegen diese Drosselung des Selbstver- waltungsrechtes der Gemeinden und Bezirke. Protest und wir werden alles daran setzen, daß das Ideal der Nationaldemokraten, die in diesem Hause und in diesem Saale eine unheilvolle Rolle spielt, nicht zur Tatsache werde. Wir warnen noch einmal vor einer Fortsetzung dieser Politik, wir werden auch in Zukunft eintreten für das freie Recht der Gemeinden und Bezirke, für das Selbst- verwaltungsrecht auch der Völker. (Starker Beif.)

Nach dem Abg. Budig (d. Christl.-Soz.) spricht

Abg. Genosse Grünzner.

Ich habe die Aufgabe, zum Kapitel Staatspensionen zu sprechen. Dieses Kapitel bildet für fast alle jene Menschen, die ihr Schicksal dazu verurteilt, ein

Menschenalter treu, redlich und gewissenhaft unter mancherlei Entbehrungen gegen die unzureichende Entlohnung des Staates zu dienen, eine Lebens- geschichte, mit der Bände gefüllt werden könnten. Der grausamste Teil dieser Lebensgeschichte, be- ginnt mit dem Zeitpunkt des Zusammenbruchs des alten Oesterreich und der Entstehung der Nach- folgestaaten. Es ist Pflicht der Regierung und der Mehrheitsparteien, das an den Altpensionisten ge- übte Unrecht durch Schaffung von allgemein gül- tigen gesetzlichen Normen rasch aus der Welt zu schaffen. Das Gesetz vom 17. Dezember 1919 normalmäßige Ruhegehälter für die Pensionisten, Witwen und Waisen sowie Mindestpensionen vor, außerdem ist im § 63 bestimmt, daß den Hinter- bliebenen eines ohne sein Verschulden, infolge er- stitlenen Unfalles verstorbenen Staatsangestellten unter besonders berücksichtigungswürdigen Um- ständen höhere als normalmäßige Versorgungs- gehälter bis zum einhundertfachen bewilligt werden können, wobei aber in die Erhöhung ein allfälliger Unfallrentenbezug einzurechnen ist. Das ist auch ein kostbares Unrecht, das durch nichts be- gründet ist.

Viele Pensionisten, die tschechoslowakische Staatsbürger sind, wurden

von einzelnen Verwaltungsbehörden um ihren gesetzlichen Anspruch direkt betrogen.

Das spielt die traurige Geschichte von dem so- genannten letzten aktiven Dienst vor dem Zusam- menbruch, bezw. vor der Pensionierung hinein. Man hat sehr viel darüber herumgestritten, ob man die Staatsbürgerschaft als Grundlage für die Zuerkennung der Pension und der durch Ge- setz verfügten Verbesserungen oder aber den letz- ten Dienstort gelten lassen soll. Man hat sich do- mal auf das letztere geeinigt, man hat den letz- ten Dienstort gesetzt. Was ist nun daraus entstan- den? Alle jenen tschechoslowakischen Staatsbür- ger, also jene, die hier in diesem Saale heimats- zuständig sind, welche ihren letzten Dienstort aber in einem Gebiete eines anderen Nachfolgestaates gehabt haben, sind, wenn man so sagen darf, von den Wohltaten dieses Gesetzes ausgeschlossen wor- den. Es sind das Tausende und Abertausende che- maliger Staatsangestellter, die entweder nach dem Umsturz oder schon vorher pensioniert worden waren.

Es wurden die Altpensionisten und besonders diejenigen, welche knapp nach dem Umsturz in den Ruhestand versetzt wurden, immer auf die

römische Konferenz

vertröstet, wo man endgültig feste Normen für die Uebernahmen der Pensionen schaffen werde. Wir haben diese Konferenz des öfteren bei der Regie- rung urgirt, wir haben die Anregung gegeben, daß der damalige Ministerpräsident Beneš bei den Regierungen der Nachfolgestaaten Einfluß nehmen sollte, daß diese Konferenz endlich zustande komme. Im April dieses Jahres hat nun endlich diese Konferenz getagt und man ist dort von dem Grundsatze des letzten Dienstortes in der Aktivität für die Uebernahme in einen Staat als Pensionis- ten abgenommen und hat den Grundsatze der Staatsbürgerschaft aufgestellt. Seit April besteht die Vereinbarung, aber bis heute ist dem Parla- mente noch keine Gesetzesvorlage seitens der Regie- rung vorgelegt worden, die ermöglichen würde, daß dieser Vertrag, bezw. diese Vereinbarungen, die getroffen wurden, endlich auch ratifiziert wer- den können.

Im großen und ganzen müssen wir sagen, daß unter den Pensionisten heute noch furchtbares Elend herrscht. Der Ministerrat hat im April einen Beschluß gefaßt, wonach 75 Prozent des Unterschiedes zwischen den Aktivitäts-Teuerungsu- lagen und Notausfällen und jenen, die für die Pension gelten und am Tage des Uebertrittes in die Pension bezogen werden, zuerkannt werden können. Aber diese 75 Prozent, die da gewährt werden sollen, sind an eine ganze Reihe von Be- dingungen gebunden, die es natürlich illusorisch machen, daß die pensionstreifen Leute auch tatsäch- lich die Pension anstreben.

Zum Schluß möchte ich sagen: Die tschechische Regierung, vor allem die Nationalversammlung

Die Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus.

In seiner gestrigen Sitzung leistete das Abgeordnetenhaus wieder rasche Arbeit. Aller- dings war das Interesse des Hauses kein gro- ßes, wie dies übrigens bei Wochenende immer der Fall zu sein pflegt. Das Haus setzte an- nächst die Debatte über das Finanzbudget fort. Zu dieser Gruppe sprachen unter anderen Abg. Genosse Schmeichhart, der die Regie- rung auf den drohenden finanziellen Zusam- menbruch der Gemeinden aufmerksam machte, und Abg. Genosse Grünzner, der dem Hause die Not der Pensionisten und der Wit- wen und Waisen nach Staatsangestellten vor Augen führte, sowie Abg. Genosse Fischer, der darlegte, welchen Schaden der Staat da- durch erleidet, daß die Steuerbefreiungen im Rückstande sind. Nach der Finanzdebatte ging das Haus zur Beratung der Kulturgruppe über, die das Budget des Ministeriums für Unterricht und Volksaufklärung umfaßt. Abg. Genosse Hoffmann zeigte auf, was von dem ursprünglichen Programme der Trennung von Schule und Kirche übrig geblieben ist. Um 20.50 Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

* * *

Präsident Tomajchel eröffnet die Sitzung um halb 11 Uhr vormittags.

Abg. Josef Fischer (Wd. d. Landw.) protestiert gegen die Verdrängung der deutschen Landwirtschaft. Eine Steuerbelastung mit 1400 K auf den Kopf ist für das deutsche Volk unerträglich.

Abg. Seidl (Soz.) spricht für eine Steuer- reform, durch die die Arbeiterschaft geschützt wird und die großen Einnahmen beschlagnahmt werden.

Abg. Kostla (d. dem. Frp.) stellt fest, daß für die bewaffnete Macht des Staates und für die Verzinsung der bis heute aufgenommenen und noch anzunehmenden Staatsschulden 32 Prozent der gesamten Staatsausgaben verwendet werden müssen. Dagegen hat man für Kulturzwecke nur Brosamen und Heuer sind für solche nur 4.4 Pro- zent, für soziale Ausgaben sogar nur 3.24 Pro- zent ausgewiesen.

Abg. Taušil (Romn.) behandelt die slowaki- schen und tschechoslowakischen Verhältnisse. Er führt auch an, daß in Koschau Beamte in Waggonen am Bahnhofs wohnen, während der Polizeidirektor Klim a sich eine neue Schlafzimmerwohnung auf Kosten des Staates um einen Betrag von 70.000 Kronen eingerichtet hat. Redner zeigt ferner den anwesenden Abgeordneten und dem Ernährungs- minister Frankl ein Stück tschechoslowakischen Brotes, sofern man die übertriebene Masse, die im Haus von Hand zu Hand ging, überhaupt als „Brot“ bezeichnen kann.

In diesem Momente ruft Abg. Langer: „Es genügt nicht zu kritisieren, man muß auch arbei- ten!“ Diese Worte rufen bei den kommunistischen Abgeordneten tschechischen Widerspruch hervor. Sie rufen von den tschechischen Sozialdemokraten: „Ihr seid in der Regierung.“ „Ihr seid verantwortlich!“ usw. Die tschechischen Sozialdemokraten entgegneten

in bestmöglicher Weise, sodas im Hause eine längere Weile hindurch

großer Lärm

herrscht. Der Vizepräsident Dr. Grünzner ruft den Abg. Taušil zur Ordnung.

Abg. Taušil: Gebt den Mitschura ins Krimi- nal, in die Untersuchungshaft!

Abg. Mertta: Wo sind die Minister? Nachdem sich der Lärm gelöst hat, gelangt zum Wort

Abg. Brodbecky (sch. Linke), der erklärt, daß die tschechischen sozialistischen Parteien nicht ihre Pflicht erfüllen und vollständig in der nationalis- tischen Ideologie verstrickt sind. Er bezieht sich so- dann mit der Staatsangestelltenfrage.

Abg. Chalupa (sch. Soz.-Dem.) spricht gegen die Last, die der Bevölkerung durch die hohen indi- rekten Steuern auferlegt werden, und gegen den beabsichtigten Abbau der Staatsbeamtenemkom- men.

Abg. Tomanel (slow. Volksp.) beschwert sich über die Vermögensabgabe und darüber, daß es den Weinbäuern in der Slowakei schlecht geht.

Abg. Andel (sch. Gewerbc.) beschwert sich darüber, daß bei der Verhandlung des Budgets die Regierung nicht zugegen sei.

Abg. Juriga: Das ist eine Schande! Vizepräsident Burštal ruft den Abg. Juriga zur Ordnung. (Lärm bei den Slowaken, Ruße: Das ist eine Frechheit.)

Abg. Andel kritisiert weiter die Politik der Regierungsparteien, wobei es zu lebhaften Kon- troversen zwischen den Abgeordneten der Gewerbe- partei und den tschechischen Sozialisten kommt.

Vizepräsident Grünzner mahnt die Abg. Naj- man, Alloch, Slabicek und Jemin zur Ordnung.

Abg. Pil (sch. Soz.-Dem.) lehnt den Ton der Rede Raschinskis im Industriellenklub über Mussolini ab und erklärt, daß die tschechische Ar- beiterschaft bereit ist, die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates zu verteidigen.

Abg. Genosse Schweichhardt.

Die finanzielle Lage der Gemeinden ist sehr schlimm, und wer die Verhältnisse kennt, wird wis- sen, daß

der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden, nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Die Zuweisungen an die Länder für das nächste Jahr betragen im ganzen 150 Millionen Kronen und zwar soll Böhmen 96 Millionen ge- gen 120 im Vorjahr, das ist um 24 Millionen Kronen also ein volles Fünftel weniger erhalten. Mähren 45 Millionen, und Schlesien 11 Millio- nen Kronen. Die Kürzung der Zuweisung an das Land Böhmen ist nach seiner Richtung hin gerechtfertigt. Den Schaden haben vor allem die Humanitätsanstalten. Wir fassen die Meinung des Berichterstatters an, daß nämlich die Rassen der Gemeinden, durch die Zuweisungen nahezu voll sind, ist nicht schwer nachzuweisen. Wir heben her- vor, daß die Ausgaben der Gemeinden gleich hoch geblieben sind. Es ist ganz ausgeschlossen, die Um- lagen zu erhöhen, und mit Darlehen zu arbeiten ist natürlich für die Dauer unmöglich. Ich möchte

sich und schwach, verlassen hatte! Und doch: er war es! Die Farbe seiner Augen war braun ge- blieben, wenigstens es nun ein glänzendes, frisches Braun war, das ihnen Frohsinn gab, und auch das Mutterzeichen an der Kehle, das sie an ihrem Manne gekannt hatte, es war an der Kehle des Jünglings sichtbar! Ja, es war ihr rechter Mann, der nun vor ihr stand!

Und er erzählte ihr, was ihm geschehen sei. Wie er an jener Stelle des Waldes die Musik gehört, wie sie ihn in die Waldtiefe geführt, wie er das Wasser der Jugend erreicht und wie er es endlich getrunken habe.

Die Frau hörte ihn kaum zu Ende. Die Ge- schichte war zu außerordentlich. Das mußte man selbst gehört, gesehen und erlebt haben! Und so lief die Frau unverzüglich in den Wald, gleich als ob um jede Sekunde Zauderns schade wäre, die man im Alter verbrachte.

Und siehe, auch sie hörte die Musik, als sie an die Stelle gekommen war, auch sie wurde in die Waldtiefe geführt und zum Wasser der Ju- gend geleitet. Und sie ließ sich allends nieder und trank, trank mit unerfättlichem Durste, trank mit der ganzen Leidenschaft ihrer gierigen Natur von dem köstlichen Wasser, das sie mit neuem, kräf- tigem Wohlgefühl durchtrank. Sie trank zuletzt in langsamen Zügen und verblieb an dem Wasser der Jugend.

Der junge Mann dahinter wartete und war- tete. Er verneinte jede Minute, seine Frau als statisch-holtes Mädchen wieder in die Hütte tre- ten zu sehen, jung und strahlend, wie er es selber geworden war. Aber die Frau kam nicht.

Stunden vergingen, der Nachmittag neigte sich — die Frau kam nicht.

Da machte sich der junge Gatte auf, um sie zu suchen. Am Wasser der Jugend, so dachte er, werde er sie finden.

Und er kam an das magische Wasser und suchte seine Frau. Aber da war keine Frau zu sehen. Nur die blanken Wellen spiegelten ruhig und golden die Abendliche Sonne. Er rief nach seiner Frau. Es kam keine Antwort. Sinnend stand er nun und Vagen ergriff ihn.

Da — horch! — ein leises, klagendes Wei- nen, ein dünnstimmiges Wimmern! Es drang heran! Und der junge Mann ging dem Laute nach und fand ein Kindlein am Ufer des Wassers liegen! Es war von den Aeldern, die er als die- jenigen seiner Frau erkannt, überdeckt — er hob es auf und hielt es hoch. O Gott — das waren die Augen seiner Frau, das war ihre Nase, das ihr Mund, alles ins Kindhafte zurückgebildet! Sein Zweifel: seine Frau hatte sich in ihrer illu- erfälligkeit am Wasser der Jugend zum Widel- kind zurückgetrunken!

Der junge Mann stand entsetzt. Die Ueber- raschung war zu plötzlich gekommen. Aber endlich fand er sich wieder. Ja, er lächelte. Er nahm das Kindlein auf den Arm und trug es beherzt nachhause.

„Man muß die Frauen als Kindlein neh- men!“ sagte er sich. Denn er hatte die Weisheit des Alters behalten.

Das Wasser der Jugend.

Ein japanisches Märchen. Freie Erzählung von Max Havel.

Auf einem der Hügel Japans lebten vor langer Zeit ein armer Holzfäller und seine Frau. Es waren alte, hundertlose Leute. Der Holzfäller ging an jedem Morgen in den Wald, um Bäume zu fällen oder Holz zu suchen, und so geschah es einst, daß er dabei tiefer in den Wald hineinge- riet und plötzlich einer fremden klingenden Musik vernahm, eine zauberhafte Musik. Sie klang ge- dämpft und geheimnisvoll leise und hörte sich an, als ob seine Menschengestalten sich in das tiefe Summen der elementarischen Welt mengten. Auch war es, als ob das freundliche Gemurmel eines Baches oder das lustige Plätscherpiel sil- berner Wellen hineintöne.

Der alte Holzfäller stand gebannt. Eine Sehnsucht ergriff ihn jählings und alle Kräfte und alle Not war vergessen. Diese Musik im Walde ergriff ihn mit überwältigender Kraft! Und noch ehe er es recht bedacht hatte, trugen ihn seine alten Füße, leicht und bebend gewor- den, der Richtung zu, aus der das Klängen kam. Und die Musik wurde stärker und stärker und zog den armen, alten Holzfäller immer mächtiger in ihre Töne hinein. Er wachte vor Sehnsucht kaum, wo er hin sollte. Doch da erkannte er, daß der Weg, den er gekommen, zu Ende war, und daß er vor einem klaren Wasser stünde, einem Bäch- lein, dessen blanke Wellen wie Diamanten viel- farbig an der Sonne spielten. Zugleich verstummte

die zauberhafte Musik, die ihn hiehergeführt hatte und wunderjamme Stille breitete sich über die Waldtiefe, die nie noch eines Menschen Fuß be- treten haben mochte.

Den armen, alten Holzfäller ergriff nun namenlose Begier. Er wollte von dem Wasser trinken. Es schien so perlend, so erquickend, so frischhell! Und er beugte sich nieder und legte seinen Mund an die Flut und trank. Trank mit selbigem Durste. Trank! — Welch ein Trank war dies! Dies Wasser schmeckte dem Holzfäller, wie ihm der köstlichste Feuerwein nicht geschmeckt hätte! Jeder Schluck, den er tat, durchfuhr ihn mit zauberlicher Gewalt und schenkte ihm das Blut zu erneuern! Jubelnde Kraft war plötzlich in ihm, freudigste Freude der Lebensfülle! Gesang und Lachen! Ja, und als er sich vom Tranke erhob und im Erheben sein Antlitz im Wasserspiegel schaute — o Wunder der Wunder, da war das nicht mehr des alten, runzelbollen-Holzfallers bart- stoppeliges Antlitz, o nein: das war eines Jüng- lings blühendes Gesicht, schön und strahlend, heiter und frisch wie ein Wiesenmorgen! Der Holz- fäller rannte am Rasken! Er warf sich zu Boden und sprang wieder auf die Beine! Er hüpfte wie ein Reh über Wurzeln und Buchstörz — die Kraft der Jugend war in ihm und er wußte es nun: er hatte vom Wasser der Jugend getrunken! Er lief heim. Seine Frau, so dachte er, die werde Augen machen! Und er hatte sich nicht ge- irrt! Denn als sie seiner ansichtig wurde, da machte sie Augen! Große Augen! Denn sie wollte, sie konnte es zunächst nicht glauben, daß der blü- hende Jüngling, der da vor ihr stand, ihr Mann sei, der arme, alte Holzfäller, der sie am Morgen,

und schon die Revolutionsnationalversammlung haben die Pensionsbezüge der Staatspensionisten von 96 Prozent auf 56 Prozent der Aktivitätsbezüge herabgesetzt. Es ist Ihre Pflicht, die Pflicht der Regierung und der Mehrheitsparteien,

das endlich wieder gutzumachen, was Sie an den Pensionisten, an den Witwen und Waisen ver- sündigt haben.

Wir appellieren an Sie, Ihr Gewissen und Emp- finden. Lassen Sie sich endlich zu dieser unauf- schiebbaren Reform auf. Zur freudigen Mitarbeit bei der Beseitigung dieses Unrechtes und der Be- hebung des heutigen Pensionselends werden Sie uns, Sozialdemokraten, jederzeit bereit finden. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Koval (Hsb. Soz.-Dem.) wünscht, daß das Abgeordnetenhaus sich um die Verwaltung der Länder mehr kümmern als bisher.

Abg. Genosse Fischer bespricht die Steuerpoli- tik des Staates; wir werden seine Ausführungen in unserer nächsten Nummer nachtragen.

Abg. Hanelo (Hsb. Volksp.) spricht gegen den Zentralismus, der sich in den staatlichen Einrich- tungen geltend macht.

Abg. Dr. Vlaho (Hsb. Agr.) bespricht die Ver- hältnisse an der Preßburger Universität.

Als vorleser Redner gelangt zum Wort Abg. Genosse Hoffmann, dessen Ausführungen wir in unserer nächsten Nummer wiedergeben werden.

Nachdem noch Abg. Palkowich (ung. Christl.- Soz.) gesprochen hatte, wurde die Sitzung um 20 Uhr 30 Minuten geschlossen.

Die Rede des Abg. Gen. Beutel:

Wir tragen hier die Rede des Abg. Gen. Beutel, die er vorgestern im Abgeordneten- hause hielt, nach. Er führte aus:

Die Aufstellungen über die Staatsschuld mu- ten an, wie die Aufstellung eines fabrizierten Ari- dars. Wir vermögen es nicht zu fassen, daß wir nach 43-jährigem Bestande dieses Staates über die Höhe der Staatsschulden immer noch nicht eine authentische Mitteilung zu erhalten vermöchten. In den Zeitungen können wir lesen, daß die Staats- schuld bis 31. Dezember 1920 2.790.250.194 Kro- nen gegen 2.079.169.448 Kronen im Jahre 1922 betragt. Natürlich ist dies falsch. Die Staats- schulden sind bedeutend höher. Wenn wir die im Text angeführten Staatsschulden, nach dem gegen- wärtigen Kurs vornehmen, erhalten wir 33 Milli- arden Staatsschulden. Die inländischen Anleihen werden mit 4,5 bis 5,5 Prozent, die ausländischen mit 8 bis 10 Prozent verzinst. Nimmt man auf dieser Basis den Durchschnitt an, so ergibt dies eine Staatsschuld von ca. 38 Milliarden. Sie sehen also, eine Differenz von ca. 5 Milliarden. Dies muß jeden einigeverstehenden Menschen ver- blüffen. Hier Aufklärung dem Hause zu geben - also dringende Pflicht des Herrn Finanzministers. Würde z. B. die Kohlensteuer allein fallen, so würde dies wohl einen Entfall von 1200 Milli- onen Kronen bedeuten, aber wieviel würde dadurch profitiert, wenn man bedenkt, daß die Produktion gehoben werden würde. Die Kohlensteuer erweist sich immer mehr als schweres Hindernis einer industriellen Gesundung und wird wohl den ver- einigten Ansturm - ich glaube, wir werden es bald erleben - von Unternehmern und Arbeit- ern auf die Dauer kaum standhalten können. Durch die Krise, die in unserem Staate durch die Politik und Wirtschaft unserer Regierung verschärft wird, sind z. B. im Aussiger Bezirk allein schon mehr als 6000 Arbeiter betroffen, die bereits

am Hungerloch nagen

und einem traurigen Winter emsigzugehen. Tausende könnten arbeiten und ihren Brot verschafft werden, wenn die in Betracht kommenden Mi- nisterien jene Arbeiten in Angriff nehmen würden, die in den Bezirken projektiert und sofort durch- führbar sind, so zum Beispiel die Durchführung der Saufufe der Elbe bei Wannow, die Durch- führung der Arbeiten an der Staatsbahnlinie Teilschen-Bodenbach am Hagen in Lausitz, die Regulierung des Bielschusses in Lausitz, die Regu- lierung des Gleichbades in Lausitz, die Regu- lierung des Zernitzbades bei Pröblich u. a. Sie sind schon im August 1921 und später vom Eisen- bahministerium und anderen Stellen bekannt- gegeben und vom Ministerium als notwendig an- erkannt worden. Sie hatten nur der Anangriff- nahme und es ist auch die Bedeutung dafür da. Die Zahl der Arbeitslosen steigt täglich, die Ge- sahr der Stilllegung von Betrieben wächst von Woche zu Woche. Die Folgen der herrschenden Wirtschaftskrise, die eine noch nie dagewesene Ausdehnung erfahren hat, sind der ganzen Ent- wicklung nach natürlich fast ausschließlich bei der Arbeiterklasse zu spüren. Auf die Krise wirkt ver- schlechternd das ganze Steuer- und Tarifsystem und das Steigen der Valuta ein.

Das gleiche gilt für die Gemeinde, zum Teil auch für die Bezirksverwaltungscommissionen. Seit Jänner 1921 heben die staatlichen Steuer- ämter, um nur ein Beispiel anzuführen, fast alle Gemeindezuschläge zu den direkten Steuern ein. Nach § 42 des Gemeindegesetzes vom 12. August 1921 erfolgen die Berechnungen, Vorschreibung und Einhebung der Gemeindezuschläge zu den Staatssteuern durch die Organe, die mit der Einhebung der bezüglichen Staatssteuern betraut sind, also durch die staatlichen Steuerämter.

Nast alle Gemeinden führen Klage darüber, daß ihnen nur ein Bruchteil der veranschlagten Ge- meindenumlage von der staatlichen Steuerverwal- tung überwiefen wird.

Tatsächlich sind die Steuerrückstände erschreckend hoch und reichen teilweise selbst in das Jahr 1921 jurüd. In vielen Fällen erhält die Gemeinde nicht

Beschlüsse des österreichischen Parteirates.

Anechtungsvertrag und die Heimwehrorganisationen.

Wien, 22. November. (Hsb. P.-B.) Im gestri- gen Parteirat der sozialdemokratischen Partei, der über die Frage des Sanierungsprogrammes der Regierung verhandelt, wurde nach dem einleiten- den Referate des Abgeordneten Dr. Bauer ein Beschluß angenommen, in welchem der Parteirat den Verband der sozialdemokratischen Abgeord- neten und Bundesräte auffordert, im Kampfe gegen den Genser Anechtungsvertrag und gegen das durch den brutalen Klassenegoismus der besitzgen- den Klassen und besonders der Großagrarien be- stimmte Wiederaufbaugesetz zu verharren. Ist die Arbeitererschaft infolge des Verrates der bürgerli- chen Parteien nicht imstande, die Unterwerfung Deutsch-Oesterreichs unter die internationale Fi- nanzkontrolle zu verhindern, so muß sie doch vor dem Volk und der Geschichte jede Mitverantwortung an dem Verbrechen an der Unabhängigkeit der Republik ablehnen und die Bourgeoisie mit der vollen Verantwortung für die Folgen belasten. Der Parteirat begrüßt es als wichtigen Erfolg der Aktion der Sozialdemokraten, daß es gelungen ist, die Ausschaltung der Volkvertretung und die Auf- richtung einer Finanzdiktatur der Regierung zu verhindern und damit eine der gefährlichsten Be- stimmungen des Genser Protokolls auszuhöhlen. Er ermächtigt daher den Verband der sozialdemo- kratischen Abgeordneten und Bundesräte, der Ein- setzung des sogenannten außerordentlichen Rabi-

nettrates zuzustimmen. Der Parteirat macht die Arbeitererschaft darauf aufmerksam, daß der Kampf gegen die Anechtung Deutsch-Oesterreichs durch die internationale kapitalistische Reaktion auch nach der parlamentarischen Beschlußfassung fortgesetzt werden muß. Die Parteileitung fordert daher die Arbeitererschaft auf kampfbereit zu bleiben, die ge- werkschaftlichen, politischen und genossenschaftli- chen Organisationen in der Zeit der industriellen Krise hartnäckig zu verteidigen und auszubauen und alle Errungenschaften des Proletariates gegen den Ansturm der Reaktion mit jähher Beharrlich- keit festzuhalten.

Hierauf beschloß sich der Parteirat mit der Ausbreitung der Heimwehrorganisationen und setzte einen Beschluß, in dem es u. a. heißt, daß die Arbeitererschaft entschieden Protest gegen den Entschluß der christlichsozialen Landesregierungen erhebt, die aus Zurechnungen der Banken und Großindustriellen erhaltenen Heimwehren zu einem Instrument der gewalttätigen Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu machen. Der Parteirat lehnt jede Verantwortung für die drohenden Folgen dieser Verwendung der zum Schutze des Groß- kapitalis geschaffenen reaktionären Organisationen ab und fordert die Arbeitererschaft auf, sich zur Ab- wehr solcher Anschläge gegen die Arbeiterbewe- gung bereit zu halten und die Ordnerorganisa- tionen mit allen Kräften auszubauen.

Der Streit um Westthrazien.

Einheitsfront gegen die Türkei.

Lausanne, 22. November (Sabat). Die Kon- ferenz befahre sich heute ausschließlich mit der thra- zischen Frage. Die Türken machten Ansprüche auf beide Teile Thraziens geltend, Griechenland er- hob Anspruch auf den westlichen Teil Thraziens. Die Kleine Entente bildet einen Block gegen die Zuerkennung Westthraziens an die Türkei, selbst mittels einer Volksabstimmung. Rincic verwies insbesondere auf die ernste Gefahr, welche im Lande und unter der Bevölke- rung durch eine Volksabstimmung hervorgeru- fen würde. Ein derartiger Versuch würde notwen- diger Weise zu einem Waffenstillstand führen. Wo- hin würde man gelangen, wenn man zum Schutze Konstantinopels das türkische Argument akzeptie- ren wollte, nach welchem Westthrazien als supple- mentäre Sicherheitsgarantie gefordert wird? Der rumänische Delegierte Duca und, in der Nach- mittagsitzung, Lord Curzon, Barere u. Carroni, erklärten, sich vorbehaltlos den Ausführungen Jugoslawiens anzuschließen. Im Schoße der

Konferenz ergab sich somit ein volles Einverneh- men bezüglich der Ablehnung eines Plebiszits in Westthrazien. In keiner der diplomatischen Kon- ferenzen, welche vor der Lausaner Konferenz stattfanden, wurde die Hinauschiebung der türki- schen Grenze in Europa hinter die Mariza in Er- wägung gezogen. Damit ist gleichzeitig die Frage des Bahnhafes von Saragatsch erledigt.

Stamboulitzky brachte in der Nachmittags- sitzung die Forderungen Bulgariens vor, welches den wirtschaftlichen Ausgang zum Ägäischen Meere der ihm durch den in Neuilly unterfertigten Fried- ensvertrag zugesagt wurde, in Anspruch nimmt. Nach der bulgarischen These müsse der Zugang zum Ägäischen Meere die größte Unabhängigkeit und politische Sicherheit genießen und im Hin- blick darauf würde Bulgarien es freudig begrüßen, wenn Westthrazien autonom würde. Die Antwort der türkischen Delegation, an deren Redigierung bis spät in die Nacht gearbeitet wurde, wird mit Spannung erwartet.

einmal das, was sie zur Bezahlung der Ange- stellengehälter benötigt. Um den Gemeindebau- halt durchführen zu können, müssen die Gemein- den teure Leihgelder aufnehmen. Aber der Kreditweg zur Bedeckung der laufenden Aus- lagen wird immer schwieriger, so daß viele Ge- meinden unmittelbar vor der Zahlungs- einstellung, förmlich vor dem Bankrott, stehen.

Solange nun die neue Vorschreibung der staatlichen Steuer nicht erfolgt, können auch die Gemeinden die Zuschläge nicht neu berechnen und diese können nicht vorgeschrieben werden. Der Steuerpflichtige ist nur verpflichtet, sie nach dem Ausmaß der letzten Vorschreibung zu be- zahlen. Daran wird auch nichts geändert, wenn die Gemeinde beschloffen hat, die Gemeindezu- schläge um mehrere 100 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung kommt erst zur Auswirkung nach der neuen Vorschreibung der Staatssteuer und der Gemeindezuschläge. Die Gemeinde rechnet also beispielsweise für das laufende Geschäftsjahr mit einer 400prozentigen Umlage. Da aber die neue Vorschreibung nicht erfolgt ist, werden tatsächlich nach der letzten Vorschreibung nur 100 Prozent bezahlt, beziehungsweise eingehoben. Hat also eine Gemeinde mit 4 Millionen gerechnet, so erhält sie tatsächlich nur 1 Million, wobei noch vorzugesetzt wird, daß die Steuerträger nicht säumig sind.

Die Ferrrechnung und Einhebung der Steu- ern und Umlagen bei den Steuerämtern erfolgt kumulativ. Von dem auf die direkten Steuern und Zuschläge zu ihnen einlangenden Beträgen nimmt der Staat jeden Monat ein volles Zwölftel der gesamten Jahresschuldigkeit der Steuern für sich vorweg. Von dem, was übrig bleibt, werden die Umlagen der Gemeinden, Bezirke, Handels- kamern usw. verhältnismäßig abged. Wie Rück- stände geben also ausschließlich auf Rechnung der Selbstverwaltungsförner. Da die Zuschläge der Gemeinde meist ein Mehrfaches der Staatssteuer betragen, ist es klar, daß diese einseitige, den Staat bevorzugende Aufteilung der Steuerin- gänge

für die Gemeinden ein Unglück

sein muß. Richtig wäre eine streng verhältnis- mäßige Bestreidung des Staates und der Selbst- veraltungsförner aus den Steuererträgen. Wenn die Gemeinden zusammenbrechen, dann bricht auch der Staat zusammen. Es ist notwen- dig, angesichts der Budgetveratung, bei einer so- laloppnen Budgetierung, wie wir sie bei der Staatsschuld sehen, dies auch in bezug auf die durch den Staat geförderten Gemeindeverwal- tung zu sagen. (Beifall.)

wahl des Verwaltungsausschusses und eine Ver- tretung in diesem Ausschusse verlangen, ist dies Verlangen vollständig gerechtfertigt, denn schließ- lich und endlich geht es um die Existenz des Personals der auf den Großgrundbesitzen Be- schäftigten.

So herrscht wie in vielen Verwaltungszweigen des Staates auch hier die schälimste Willkür. Wir können nicht verstehen, wie dieses unsoziale Verhalten die Vertreter der tschechischen sozialistischen Arbeiterparteien rechtfertigen könn- en. Neben der Regelung der Fürsorge für das Personal ist dem Verwaltungsausschuh eine weitere wichtige Funktion übertragen und zwar die Entscheidung bei der Festsetzung des Vor- ganges, wie der beschlagnahmte Grundbesitz über- nommen und zugereilt wird. Die Verantwortung ist nicht klein. Man sollte daher annehmen, daß die Regierungsparteien selbst ein Interesse an der Mitwirkung der Opposition haben sollten. Sie scheinen aber die Kontrolle der Oppositionsparteien nicht zu wollen.

Ich will hier nur ganz kurz einige Stimmen zitieren, die das beweisen. Herr Direktor Rassa hat anlässlich einer Enquete der nationaldemo- kratischen Partei über die Bodenreform gesagt: „Es gibt nur einen Weg: tschechisch erhalten, was in tschechischen Händen ist, und den Boden, der nicht in tschechischen Händen ist, in tschechische Hände überführen.“ Die ganze Reform zeigt uns, daß dieser Geist auch praktisch geübt wird. Der „Lenov“ hat am 30. Juli erklärt: Dort, wo es nicht genug orisanfällige Bewerber gibt, wie in den Industriegebieten und den dünnbevölle- ten Grenzbezirken, hat eine zielbewußte Koloni- sation mit nationalbewußten Elementen einzu- setzen. Auch diese Neuerung des Organs der tschechischen Agrarier gibt deutlich wieder, was beabsichtigt ist. In derselben Nummer sagt das Blatt: Ein besonderes Gewicht ist auf die Ver- staatlichung der beschlagnahmten Grenz- wälder zu legen und zwar aus staatspolitischen und strategischen Gründen.

Wir sind für die Entzignung des Groß- grundbesitzes. Ein derartiges Eigentumsverhältnis war ungerecht und hat allen vernünftigen Rechtsbegriffen widersprochen. Jedoch die Durch- führung der Bodenreform kann uns nicht befriedigen und muß unsere Kritik herausfordern. Wir können heute bemerken, daß

an Stelle des Großgrundbesitzes zum größten Teil die Geldaristokratie

gesetzt und so zum Herrn über Grund und Boden und über das landarme und landhungrige Volk gemacht wird. Die bedeutend erhöhten Neben- nahmspreise für die Grundstücke, die die Existenz einer Landwirtschaftsamilie sichern können, werden von den wenigsten Bewerbern aufgebracht. Wir sehen, daß sich bei der Bodenreform in ziemlich großem Ausmaße ein hoher Wechsel der Besi- zner vollzieht. Der kleine Bodenbesitzer, der keine oder nur ganz beschränkte Mittel hat, wird nicht imstande sein, die Produktions- und Hilfs- mittel, die er unbedingt benötigt, wenn er seine Wirtschaft ordentlich und rationell, den heutigen wissenschaftlichen Verhältnissen entsprechend, füh- ren will, einzubringen. Eine Störung und Her- abdrückung der landwirtschaftlichen Produktion ist die logische Folge. Die Bodenreform bringt auch sonst eine große Vernichtung vieler Er- stenzen von Land- und Forstarbeitern und An- gestellten. Alle gegläslichen Reuerungen des Landwirtschaftsministeriums schaffen diese Tat- sachen nicht aus der Welt.

Nun einige Worte über

die Behandlung der kleinen Pächter.

Die an die kleinen Pächter hinausgegebenen Mün- digungen erregen immer große Verwirrung und Bestürzung, denn diese kleinen Pächter fühlen sich in ihrer Existenz bedroht. Das Pachterverhältnis, in welchem sie stehen, ist sehr eng mit dem Lohnverhältnis verbunden. Die Abschaffung von Grundstücken an die kleinen Pächter ist eine Notwendigkeit gewesen, um die Existenz hundert- und tausender Forstarbeiter und landwirtschaftli- cher Arbeiter zu ermöglichen. Es ist eine reine Arbeiterfrage und der Großgrundbesitz mußte selbst davon gehen, Pachtergrundstücke an die Arbeiter zu überlassen, um ein ständiges Arbeiter- personal zu bekommen. Es ist ganz klar, daß diese Leute, wenn ihnen die Grundstücke gekündigt werden, schwer bedroht werden. Die Ausnützung der zuständigen Rechtsmittel verursacht den Ge- fährdeten große Kosten, die sie in den seltensten Fällen erschwingen können. Es wäre angeeigt, daß gleichzeitig mit der Kündigung auch in einer Erklärung die Ansprüche des kleinen Pächters auf sein Pachtergrundstück oder auf ein gleichwertiges gesichert und anerkannt würde. Der Gesetz- geber hatte diese Behandlung der kleinen Pächter, wie sie heute durch das Bodenamt geschieht und praktiziert wird, sicherlich nicht im Sinne. Es handelt sich um verwaltungstechnische Maß- regeln, die bei etwas autem Willen ohneweiters durchgeführt werden könnten.

Redner beschäftigt sich sodann mit der Wäl- derverstaatlichung.

Die Existenz der gesamten Gebirgs- und Grenzbevölkerung ist von den Forsten und ihrer Bewirtschaftung abhängig.

Die Verstaatlichung der Wälder würde viele Ge- meinden und die gesamte Grenzbevölkerung in ihrem Lebenserwerb treffen. Wir dürfen uns nur die Gebiete anschauen: Schlesien, Nordmähren, Nordböhmen, das Erzgebirge, der Böhmerwald. Die Existenz der Gemeinden, die in diesen Ge- bieten mit der Bewirtschaftung des Waldes zu- sammenhängen. Die finanzielle Existenz der Ge- meinden und vieler Einwohner dieser Gemein- den ist auf die Bewirtschaftung des Waldes an-

Gegen die Boden-„reform“.

Rede des Abgeordneten Genossen Hyl in der Dienstag-sitzung des Abgeordnetenhauses.

Die tschechische Politik hat sich bei der Schaf- fung der Republik ein großes Werk zum Ziele gesetzt, die Bodenreform. Die Bodenreform könnte auch unsere Billigung finden, wenn sie nach den heutigen Notwendigkeiten und Bedürf- nissen und wenn sie vor allem nach soziali- stischen Grundätzen durchgeführt würde. Das ist leider nicht der Fall. Wenn wir zur Boden- reform sprechen, so müssen auch wir wie in so vielen anderen Fragen mit einem Protest begin- nen. Die Bodenreform wurde in ihren Grund- zügen ohne unsere Mitwirkung beschloffen, man hat die Minoritäten in diesem Staate bei der Durchführung der Bodenreform nicht gefragt und man hat die Minoritäten vor eine fertige, vor eine vollzogene Tatsache gestellt. Bis heute sind wir von der Mitwirkung an der Durchfüh- rung der Bodenreform ausgeschlossen! Wir haben keinen Einfluß, wir können nicht mitwirken.

Wir sind auf dem Gebiete der Bodenreform Staatsbürger zweiter Klasse.

Wir haben bis heute noch keine Vertretung im Bodenamt. Ein Bodenamt wurde geschaffen und dieses hat sich bis heute zu einem ungeheuren großen Körper, der hunderte von Beamten be- schäftigt, entwickelt. Nach § 9 des Gesetzes vom 11. Juni 1919 wurde ein Verwaltungsausschuh eingesetzt, dem man eine dreijährige Mandats- dauer eingeräumt hat. Die Mandatsdauer des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes ist schon längst abgelaufen, die Wahl deshalb längst fällig, aber bis heute noch nicht durchgeführt. Man muß sich sagen, daß hier etwas nicht in Ordnung ist, daß hier benutzt die Vertretung der Minorität verhindert wird. Das Bodenamt ist bis heute vollständig unkontrollierbar. Wir verlangen deshalb die Umbildung des Verwaltungs- ausschusses nach dem Stärkerverhältnisse der poli- tischen Parteien. Der Verwaltungsausschuh be- stimmt die Durchführungsbestimmungen der Bodenreform. Die Fürsorge für die Arbeiter, die Angehörigen und für die Beamten hängt von den Beschlüssen des Verwaltungsausschusses ab. Wir müssen konstatieren, daß der Verwaltungs- ausschuh bei allen Beschlüssen die Interessen der Arbeiter nicht bezieht, daß er sie auch bei den Entscheidungen über reine Arbeiterfragen nicht hört, und ihn Gewächten nicht einholt. Die Arbeiterorganisationen sind bis heute nicht durch Delegierte vertreten. Wenn wir also die Neu-

gewiesen. Gemeindefürsorge, Industrie, Handel und Gewerbe, die Existenz der einzelnen ist von der Bewirtschaftung des Waldes abhängig und eng mit ihr verknüpft. Die Verstaatlichung ist eine der folgenschwersten Maßnahmen, die der Staat treffen konnte. Von der Bewirtschaftung des Waldes ist auch die weitere Entwicklung dieser Gegenden abhängig. Es sollen hier nicht nationale, politische und fiskalische Gründe, sondern rein wirtschaftliche eine Rolle spielen. Ich glaube auch, daß der Staat ein Interesse daran hat, daß unsere Gebirgsstädter, daß unsere Gebirge überhaupt erschlossen und industrialisiert werden. Durch die Verstaatlichung wird das aber nicht erreicht werden. Die staatliche Bewirtschaftung kann nur eine bürokratische sein und würde der Entwicklung nur hemmend im Wege stehen. Die zentrale Leitung müßte jede Initiative ausschneiden und wirkungslos machen. Der Bürokratie würde nur daran gelegen sein, die Bewirtschaftung der Wälder nach den gegebenen Vorschriften, nach den Ausforstungs- und Abholzungsplänen durchzuführen. Kaufmännische und sonstige Fähigkeiten fehlen ihr.

Was über den Ausforstungs- und Abholzungsplan hinausginge, wäre der staatlichen Bürokratie gleichgültig.

Es würde jeder Anreiz und die Möglichkeit industriefördernd zu wirken, fehlen. Von einer Weiterentwicklung unserer Gebirgsstädter und Gebirgsgegenden könnte keine Rede sein.

Wesentlich anders würde sich die Sache gestalten, wenn die Wälder in entsprechendem Ausmaße den Vereinigungen von Gemeinden übergeben würden. Die Bevölkerung hat den ersten Anspruch darauf, daß ihr die Wälder bleiben.

Die Bewirtschaftung der Wälder kann durch die Gemeinden sicher durchgeföhrt werden als durch den Staat und seine Bürokratie.

Es wäre dann eine ordentliche Kontrolle gegeben, die Mitarbeit und Mitverantwortung der ganzen Bevölkerung wäre gesichert. Die Gemeinden und ihre Vertretungen kennen die Gebiete und die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung am besten. Ihr Wirken und Streben würde ausschließlich auf die Sehung und Erschließung dieser weiten Gebirgsgegenden gerichtet sein. Der Staat hätte keinen

Schaden dabei. Werden unsere Waldgebiete wirtschaftlich gehoben, so bedeutet dies für den Staat nicht allein in finanzieller Beziehung einen großen Vorteil. Darum sage ich also:

Die Wälder den Gemeinden.

Einige Worte über die Angestellten- und Arbeiterfrage. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die von der Reform betroffen werden, ist eine ungeheure. Der einzige Schwarzenbergische Bezirk zum Beispiel in Südböhmen wird mit einer Kopfszahl von 12.000 Menschen allein in Mitleidenschaft gezogen. Vor kurzem wurde amtlich verlautbart, daß die Qualifizierten bei der Uebernahme in ihren Stellungen verbleiben. Was ist nun, fragen wir, mit den Hilfskräften. Wer ist überhaupt unter der Bezeichnung „Qualifizierte“ zu verstehen?

Der § 73 des Entschädigungsgesetzes setzt fest, daß zur Sicherung der Alters- und Invaliditätsgewinne ein Fond errichtet wird. Die Verwaltung dieses Fonds wird von einem Kuratorium geleitet. Wir verlangen, daß die deutschen Land- und Forstarbeiter in diesem Kuratorium eine entsprechende Vertretung bekommen. Der § 75 des Entschädigungsgesetzes stellt fest, daß für ständige Bedienstete, die ihre bisherige Anstellung durch die Uebernahme verlieren auf eine der folgenden Arten zu sorgen ist: 1. Durch Zuteilung von Liegenschaften. 2. Durch Vermittlung, Zuweisung oder anderweitige Beschaffung einer angemessenen Beschäftigung. 3. Durch Geldentschädigung und 4. durch Alters- und Invaliditätsversorgung. Im Auftrage vieler tausender organisierter Land- und Forstarbeiter habe ich zu erklären, daß

die Arbeiter in erster Linie einen vollwertigen Arbeitsplatz beanspruchen.

Ich habe weiter dem Wunsche der deutschen Arbeiterschaft Ausdruck zu verleihen, daß auch sie in der nach § 75 des Entschädigungsgesetzes zu errichtenden Schiedskommission eine Vertretung bekommen. Das Vordemamt und der Herr Minister für soziale Fürsorge mögen dies zur Kenntnis nehmen und bei der Ernennung der deutschen Arbeiterorganisationen entsprechend berücksichtigen. (Lebhafter Beifall)

zu den Gerichtsverhandlungen soll durch die Bestimmungen dieser Vorlage in einem Maße beschränkt werden, das zu den ärgsten Besürchtungen Anlaß gibt und diese Bestimmungen sind derart dehnbar, solcher Rautschuk, daß man behaupten kann, daß ihre Anwendung zu den ärgsten Chikanen führen wird. (Zuruf: „Es stellt die Öffentlichkeit in das jeweilige Belieben des Vorsitzenden!“ — Sen. Wallö: „Herr Kollege, Sie werden so freundlich sein und mir sagen, was davon fatal ist. Ich bin sehr neugierig, damit ich es mir merken kann.“) Das kommt noch.

Die bisherigen Bestimmungen der österreichischen Strafprozessordnung, die nunmehr abgeändert werden sollen, sind geradezu ein Ausbund an Freiheit gegen diese Vorlage. Der § 228, der die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen festlegt, sagt:

„Die Hauptverhandlung ist öffentlich bei sonstiger Nichtigkeit. Es soll nur Erwachsenen und unbewaffneten Personen gestattet sein, als Zuhörer zu erscheinen. Doch darf Personen, welche vermöge eines öffentlichen Dienstes zum Tragen der Waffe verpflichtet sind, der Zutritt nicht verweigert werden.“

Damit sind, abgesehen vom § 229, welcher die Möglichkeit der Ausschließung der Öffentlichkeit aus Gründen der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung ins Auge faßt, alle Möglichkeiten erschöpft, welche eine Einschränkung der Öffentlichkeit bewirken können. Die neue Vorlage setzt eine Reihe von Ausnahmen fest. Vor allem ist es der „Mangel an Platz“, der geltend gemacht wird. In dem Berichte des Verfassungsausschusses wird diese Einschränkung damit begründet, daß sie wegen der öffentlichen Sicherheit und mit Rücksicht auf die Gesundheit der Richter, Geschworenen, Verteidiger und Zeugen notwendig sei, die in den Räumen mit schlechter Luft nicht arbeiten könnten. Dem gegenüber erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß schon jetzt bei Ueberfüllung Einschränkungen gemacht werden können, das heißt, man war auch heute schon ohne die Bestimmungen dieser neuen Vorlage durchaus imstande, eine Ueberfüllung zu verhindern. Es ist also durchaus nicht notwendig, dies gesetzlich festzulegen, denn dadurch entsteht die Gefahr, daß man sich sehr leicht darauf ausreden kann, die Räume, die zur Verfügung stehen, wären ungeeignet. Das Gesetz selbst spricht zwar nicht von Sitzplätzen, im Bericht des Ausschusses wird aber gesagt, daß Zuhörer nur insoweit zugelassen werden, als die Sitzplätze reichen. Damit hat der Gerichtsvorsteher oder der Richter, der Senat des Gerichtes die Möglichkeit, durch Aufstellung von möglichst wenig Sitzgelegenheiten die Öffentlichkeit so gut wie auszuschließen, wozu noch kommt, daß er bei der Verteilung der Karten derart praktisch vorgehen kann, sodas die Öffentlichkeit tatsächlich ausgeschlossen erscheint.

Die zweite Bestimmung ist noch bedenklicher. Danach kann jeder als Zuhörer einer Gerichtsverhandlung abgewiesen werden, der über Verlangen seine Identität nachzuweisen nicht imstande ist. Wenn man also zu Gericht geht, wird man eine Legitimation mitnehmen müssen. Vergißt man sie, ist man nicht mehr berechtigt, der Verhandlung beizuwohnen. Worin besteht aber ein solcher Nachweis? Im Gesetz steht darüber nichts, es ist nicht gesagt, ob die allgemeine Bürgerlegitimation genügt, Lauschein, Geburtschein oder sonst etwas, im Ausschlußbericht, der aber keine gesetzliche Geltung hat und der den Gerichtspersonen auch nicht zur Hand ist, heißt es, daß eine Bürgerlegitimation oder ein anderer amtlicher Ausweis erforderlich ist. Wer wird nun prüfen, ob das Ausweispapier ausreicht? Das wird zweifellos zu Chikanen und zur Ausschließung eines Teiles der Öffentlichkeit bei Verhandlungen führen.

Die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung soll auch jedem verweigert sein, der wegen eines nichtpolitischen Verbrechens bestraft wurde! Wie stellt man sich das in der Praxis vor? Wer wird darüber wachen? Wird es die Aufgabe des Gerichtspersonals sein, darüber zu wachen, ob Personen, die wegen eines nichtpolitischen Verbrechens bestraft wurden, an der Verhandlung teilnehmen wollen, oder besteht eine Nachweispflicht des Besuchers? Das Gesetz sagt gar nichts darüber. Der Ausschlußbericht meint, daß die Ausschlußpersonen bei gerichtsbekanntem Personen festzustellen haben, ob es sich um bestrafte Individuen handelt, oder es müsse in das Strafregister im Zweifelsfalle? Da muß im Strafregister nachgesehen werden, ob der betreffende Besucher schon eine Strafe erlitten hat oder nicht! Bei der Handhabung dieser Bestimmung kann es passieren, daß der Angeklagte seine Strafe schon längst abgeleistet hat, bevor der Zuhörer Zutritt zum Gerichtsverfahren erlangt. (Weiterlekt.)

Welchem Geiste diese Vorlage entbrungen ist, darauf weist auch die Bestimmung hin, daß Minderjährige nur dann teilnehmen können, wenn sie diese Teilnahme für ihre Studien an höheren Schulen brauchen. Bis zum 21. Lebensjahr soll der Staatsbürger eine Gerichtsverhandlung nicht besuchen dürfen, wenn dies nicht gerade für sein Studium erforderlich ist! Der junge Staatsbürger darf sonst alles mögliche, er kann Nachhilfe besuchen, die verderblichsten Kinostücke ansehen, die schlechtesten und elendesten Gesellschaften besuchen, er kann elend verkommen und auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden — darum kümmert sich niemand! Aber die hohe Obrigkeit erhebt sich und rufst: Du bist noch nicht 21 Jahre, Du darfst also an einer Gerichtsverhandlung nicht teilnehmen! Ja warum nicht? Wenn die Sittlichkeit gefährdet ist, besteht ja schon heute die Bestimmung, daß nicht nur jugendliche Besucher, sondern die Öffentlichkeit überhaupt ausgeschlossen werden kann! Es ist eine ganz

neue Entdeckung, daß die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung etwas Demoralisierendes ist! (Sen. Pollich: „Man fürchtet vielleicht, die Leute könnten irre werden an der objektiven Justiz! Das ist das gefährliche!“) Das ist, so scheint auch mir, der Hintergedanke. Es ist sicherlich kein Missetand, wenn die Jugend die Gesetze kennt, wenn der Staatsbürger die Kenntnis des Gerichtsverfahrens verlangt, wenn er weiß, wie er sich vor Gericht zu benehmen hat und wenn er die Art der Handhabung der Gesetze kennt!

Es wurde hier gefragt, wo der Materialismus ist? Er liegt in der Intolleranz, in diesem Auftrichten des obrigkeitlichen Bestes! Das ist jener Geist, der jedes Bild verbieten möchte, weil es vielleicht eine nackte Figur zeigt, der Geist des Rudertums, der Obrigkeit und Bevormundung, der über dem Staatsbürger wacht, der den Bürger begleitet von morgens früh bis spät abends, der sich zwar nicht um keine sozialen Verhältnisse kümmert, aber ihm alle ertrockenen Schranken auferlegt. Das ist auch der Geist, der durch diese Vorlage ein demokratisches Recht antasten will!

Gegen die letzte Bestimmung dieser Vorlage müssen wir am schärfsten Stellung nehmen. An dem Gerichtsverfahren darf darnach nicht teilnehmen, wer sich in einem „unwürdigen Zustand“ zur Gerichtsverhandlung einfindet! Was heißt das: in einem „unwürdigen Zustand“? Sind das etwa schlechte Kleider? Es gibt aber viele Verbrecher, die in sehr guten Kleidern auftreten! Der moderne Verbrecher weiß, daß die gute Kleidung für ihn ein äußerst notwendiges Werkzeug ist. Es ist ganz undemokratisch, nach der Kleidung den Wert eines Menschen zu beurteilen. Wer wird prüfen, ob ein Besucher schlecht gekleidet ist? Daß demjenigen, der in einem „unwürdigen Zustand“ sich einfindet, der Zutritt verweigert werden kann, ist eine dehnbare Bestimmung, die zu Mißbräuchen führen kann. (E. Dr. Spiegel: „Wellicht wird man einen Schneider als Sachverständigen anstellen!“ Weiterlekt.) Ob jemand schlechte Kleider hat, darüber gibt es verschiedene Ansichten. Ich weiß nicht, ob nach dem Ermessen irgend eines Gerichtsorgans alle Herren Senatoren Gnade finden werden!

Zur Begründung dieser unehörtlichen Vorlage führt das Justizministerium bezw. der Ausschuss an, daß von der Teilnahme bestimmter Personen an den Gerichtsverhandlungen ein nachteiliger Einfluß für sie zu befürchten ist. Der Ausschlußbericht sagt, daß mitunter gerichtsbekannt Individuen an den Verhandlungen teilnehmen, sodas sie aus dem Verlauf der Verhandlung Belehrung für ihre verbrecherische Tätigkeit schöpfen und sich für den Fall vorbereiten können, wenn sie selbst vor Gericht angeklagt sein werden. Ja, wünscht denn das Justizministerium, daß der Angeklagte möglichst unerfahren zu Gericht komme? Es wurde doch bisher in allen Tonarten verkündet, daß die Strafe, die Bestrafung eines Uebeltäters etwas Abschreckendes sein soll! Jetzt auf einmal soll die Teilnahme an dem Gerichtsverfahren, welches zeigt, wie der Arm der Gerechtigkeit auf den Sünder niederfaßt, den Anreiz zum Verbrechen geben? Liegt es wirklich im Interesse der Justiz, daß der Angeklagte möglichst unvorbereitet, möglichst ungeschickt und hilflos vor die Richter tritt?

Wollen Sie mit solchen Maßnahmen die Moral schüzen, so heißt das, das Pferd beim Schwanz anzufassen. Weder die Moral wird dadurch beschützt, noch können Verbrecher dadurch verhärtet oder nur auch eingeschränkt werden, daß man die Öffentlichkeit des Verfahrens einschränkt. Die Verbrecher haben soziale Ursachen, zum Teil sind sie in der Natur des betreffenden Menschen begründet. Es wäre viel wertvoller und notwendiger, wenn die Regierung die Rot der Menschen lindern würde, aus der zum großen Teil die Verbrecher fliehen, wenn die Regierung dafür sorgte, daß einer, der einmal auf Weichheit und Uebermut auf die Bahn des Verbrechens geleitet wurde, nicht gleich zu den Ausgestoßenen gehört, zu den Verlorenen, sondern, daß er wiederum den Weg in die menschliche Gesellschaft zurückfindet. Die Vorlage halten wir für eine Zumutung, für einen Versuch mit untauglichen Mitteln, der aber diesmal durchaus kein Strafausschließungsgrund gegenüber dem Justizministerium sein kann, denn dieser Entwurf bedeutet eine Einschränkung des Gerichtsverfahrens, bedeutet einen Schlag gegen die Demokratie und deshalb können wir nicht für diese Vorlage stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Sen. Hablena (tsch. Soz. Dem.) nahm gegen jene Bestimmung im Gesetzentwurf Stellung ein, die Leute, welche in zerrissenen oder abgewetzten Kleidern der Verhandlung beizuwohnen wollen, von dem Besuche des Gerichtssaales ausschließt. Redner erklärte, daß heute der Arbeiter sich nicht gute Kleider kaufen könne und er verlangte daher eine entsprechende Aenderung dieser Bestimmung. In seinem Schlussworte erwidert der Referent Sen. Dr. Prochazka auf die Ausführungen der beiden Vorredner und führt aus, daß nur sogenannte Lumpen nicht zu Verhandlungen im Gerichtssaal zugelassen werden sollen.

Der Gesetzentwurf wird sodann von den Mehrheitsparteien angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf der Regierung, dieser die Vollmacht zu erteilen, im Grenzgebiete Aenderungen der Amtsbezirke vorzunehmen, referierte gleichfalls Sen. Dr. Prochazka. Sen. Dr. Spiegel (Deutschdemokrat), der nach dem Referenten das Wort ergriff, verwies darauf, daß der tschechoslowakische Staat aus der Verleugnung der Wilsonschen Grundzüge Vor-

Schmälerung der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens.

Ein Angriff des Justizministers auf die Staatsbürgerlichen Freiheitsrechte. In der gestrigen Senatsitzung.

Im Mittelpunkt des Interesses der gestrigen Senatsitzung stand der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf auf Aenderung gewisser Bestimmungen in der Strafgerichtsordnung, wonach die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens eine schwere Einbuße erleiden muß. In diesem Gesetzentwurf ist die Bestimmung enthalten, daß der Gerichtssaal näher angeführten Personen — solchen beispielsweise, die in „unwürdigen Zustände“ erscheinen, oder die bereits wegen eines unpolitischen Verbrechens verurteilt sind — verschlossen bleibt. Da auch der Ausschluß Nicht-Erwachsener und für die Gerichtssaalbesucher die Vorweisung von Legitimationen in dem Gesetzentwurf gefordert wird, so kann sich jeder nur halbwegs mit der Durchführung von „Sicherheitsgesetzen“ in diesem Staate vertraute Bürger eine Vorstellung davon machen, inwieweit der Gesetzentwurf jedem Gerichtsdienner und Vorsitzenden die Möglichkeit in die Hand gibt, die Kontrolle der Gerichtsverhandlungen durch die Öffentlichkeit nach Belieben zu unterbinden. Senator Genosse Niehner in seinen Ausführungen mit besonderer Schärfe auf diese unglaublichen Annahmen des Justizministers hin, der durch seinen Gesetzentwurf die erste Bresche in die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte schlagen wollte, um die „minder gut“ gekleidete Bevölkerung — denn dieser Zustand ist ja auch „unwürdig“ — einer Erziehung der Revolution des Jahres 1848 zu berauben. Höchst sonderbar war die Stellungnahme des tschechischen Sozialdemokraten Hablena zu dem Gesetzentwurf. Hablena ereiferte sich zuerst sehr über den Passus, daß „unwürdig“ gekleidete Personen vom Gerichtssaalbesuche ausgeschlossen sein sollen. Doch als ihm der Referent darauf entgegnete, daß man nicht rigoros vorgehen werde, gab sich Hablena schnell zufrieden und stimmte mit keinem Gesinnungsgenossen begeistert für die Annahme des Gesetzentwurfes. Hoffentlich wird er sich von dem „nicht rigorosen“ Vorgehen der Gerichtshöfe bald überzeugen können.

über den Gesetzentwurf der Regierung, nach welchem die Strafprozessordnung in jenen Punkten, die sich mit der Zulassung von Zuhörern zu öffentlichen Verhandlungen befaßt, geändert wird. Der Referent führte aus, daß der Gerichtshof nur dann die Öffentlichkeit ausschließen kann, wenn er die im Gesetze vorgeschriebene Handhabung dazu besitzt. Der Gerichtshof hat aber nicht das Recht, solche Individuen von der Verhandlung auszuschließen, die aus dem Gang der Verhandlung sich dahin unterrichten wollen, auf welche Weise sie sich in gegebenen Fälle verteidigen könnten. Die Kontrolle der Öffentlichkeit könne daher nur solchen Personen gestattet werden, die die Gewähr dafür bieten, daß sie durch keine wie immer gearteten verbrecherischen Absichten sich veranlaßt fühlen, Gerichtsverhandlungen beizuwohnen. Durch das beantragte Gesetz können Zuhörer, die verdächtig oder bereits wegen einem nichtpolitischen Delikt verurteilt sind, von dem Besuche des Gerichtssaales ausgeschlossen werden. Der Gesetzentwurf regelt auch den Zutritt nicht erwachsener Personen. Minderjährige, die zu Studienzwecken den Gerichtssaal aussuchen, werden daran nicht gehindert werden.

Nach dem Referate des Berichterstatters kam Senator Genosse Niehner

zu Worte, der ausführte:

Bei der vorliegenden Regierungsvorlage hat sich der seltene Fall zugetragen, daß dem Senat vor dem Abgeordnetenhause die Priorität der Verhandlung zugestanden wurde. Dieses seltene Vorrecht ist diesmal ein Danaergeschenk, denn die Zumutung, die mit der Vorlage an den Senat gestellt wird, ist nicht sehr ehrenvoll. Sie ist vielmehr derart, daß gegen sie eine Reihe der schwersten Bedenken erhoben werden muß. Die Vorlage bezweckt, die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen einzuschränken, die eine der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, der bürgerlichen Freiheit ist. Es wäre ganz ausgeschlossen gewesen, daß man früher in Oesterreich je an diesem Grundrecht zu rühren gewagt hätte, denn dieses Recht ermöglicht eine Kontrolle des Gerichtsverfahrens durch die Öffentlichkeit und — soweit dies durch die bürgerliche Justiz, die naturgemäß die eines Klassenstaates ist, ermöglicht wird, — die Gewähr eines ordentlichen Gerichtsverfahrens. Es muß daher, weil an dieses Grundrecht der Demokratie getastet wird, gegen diesen Versuch Stellung genommen werden. Es ist zu bedauern, daß gerade auf diese Weise uns zum ersten Mal zu Bewußtsein gebracht wird, daß an der Spitze des Justizministeriums ein Mann steht, — dem ich sonst die größte Hochachtung entgegenbringe, — der durch diese Vorlage daran erinnert, daß er Mitglied der liberalen Partei ist. Der Zutritt

Die gestrige Sitzung des Senats wurde gegen einhalb zwölf Uhr eröffnet.

Zuerst gelangten der Gesetzentwurf über die Aenderung der Zahlung der Entschädigungen für ständige militärische Einquartierungen im Jahre 1921 und 1922 für die Zahlung der Entschädigungen im Jahre 1923, sowie der Gesetzentwurf über die Ausmessung und Eintreibung von Steuern und Abgaben für die Jahre 1921 und 1922 in der Slowakei zur zweiten Lesung. Die Gesetzentwürfe wurden nach den Berichten des Referenten ohne Debatte angenommen.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung berichtete Senator Dr. Rudolf Prochazka als Referent des verfassungsrechtlichen Ausschusses

teile gezogen, aber auch Nachteile erfahren habe. Das Spiel mit Gebieten, das in den Friedensverträgen gespielt wurde, werde in den Demarkationskommissionen fortgesetzt. Für die Bewohner der gewonnenen Gebiete habe die Regierung bis jetzt fast nichts getan. Dafür bringt sie uns wieder einmal ein Ermächtigungsgesetz, das ihr überhaupt keine Schranken auferlegt, und zwar aus dem Grunde, um das Parlament nicht überflüssig zu belassen. (Sen. Genosse Heller: „Die Regierung ist die größte Überlastung.“) Auf unser Drängen wurde im Verfassungsausschuss wenigstens die Bestimmung aufgenommen, daß die Vertreter der betroffenen Gebiete vorher gehört werden müssen. Dafür habe der Ausschuss aber auch der Regierung ein Präferat gemacht, indem er die Geltungsdauer bis 1924 verlängert hat. Ein solcher Vorgang ist unzulässig eines Parlamentes. Redner glaubt, daß dieses Gesetz der Kritik des Rechtsausschusses des anderen Hauses nicht standhalten wird.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde auch dieser Gesetzentwurf angenommen. Gleichfalls ein Antrag, einige Regierungs-Gesetzentwürfe im abgekürzten Verfahren zu behandeln, unter anderem auch den Gesetzentwurf, durch den der Nachtragskredit für die Unterstützung der Arbeitslosen und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligt werden soll.

Die Sitzung wird hierauf um 1 Uhr 10 Min. nachmittags geschlossen.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 29. November, um 4 Uhr nachmittags, statt.

Inland.

Die Regierung sabotiert ein vom Parlament beschlossenes Gesetz. Abg. Genosse Dr. Politischer hat gestern namens des Klubs der deutschen Sozialdemokraten beim Ministerpräsidenten Soehla vorgeschrien und ihn auf die schlimmen Folgen aufmerksam gemacht, die eintreten müßten, wenn das Gesetz über die Verstaatlichung der Sanitätspolizei nicht an dem im Gesetze vorgeschriebenen Tage in Kraft tritt. Die Gemeinden und Distrikte können mit vollem Rechte die Zahlungen an die Ärzte einstellen, da ihnen durch das Gesetz alle Rechte und Pflichten bezüglich des öffentlichen Gesundheitsdienstes abgenommen werden. Wenn der Staat diese Pflicht nicht übernimmt, so wird ein Chaos eintreten, das für die Volksgesundheit schwere Nachteile mit sich bringen würde. Der Ministerpräsident gab zu, daß das Gesetz nur „allmählich“ durchgeführt werden könne, stellte sich aber auf den merkwürdigen, von Rechtskundigen durchaus abgelehnten Standpunkt, daß die Gemeinden und Bezirke auch weiterhin zahlen müßten; ein Gesetz könne erst dann in Wirksamkeit treten, bis die Durchführungsverordnung erschienen sei u. s. w. Kurz, der Herr Ministerpräsident entwickelte eine sehr merkwürdige Anschauung. Wir stehen vor einem, wohl nur in diesem Staat möglichen Falle, daß die Regierung ein bestehendes Gesetz selbst sabotiert; man kann neugierig sein, ob die Volksvertretung, bezw. die Regierungsmehrheit, sich dazu aufraffen wird, die von ihr angenommenen Gesetze zu schützen.

Ausland.

Initiative Sachsens zur Besserung der Brotversorgung.

Die unhaltbaren Zustände auf dem Ernährungsmarkt in Deutschland wirken sich ganz besonders katastrophal im industriellen Sachsen aus. Mehrfach schon hat die sächsische Regierung die Initiative ergriffen, um Besserung zu erreichen. Sie konnte vereinzelte Erfolge buchen. Ihrem Vorgehen ist es z. B. in erster Linie mit zu danken, daß die Getreidemenge vor einigen Monaten erneut beibehalten wurde, wenn freilich auch in unzureichendem Maße. Nunmehr hat die sächsische Regierung erneut einen bedeutenden Antrag beim Reichsrat eingereicht. Und zwar fordert sie erstens, daß die Reichsgetreidekasse angewiesen wird, von der ihr nach dem Reichsgetreidegesetz zustehenden Befugnis, Enteignung des nicht rechtzeitig gelieferten Brottreibes von den kommunalverbänden zu verlangen, alsbald Gebrauch macht. Zweitens, daß eine mindestens 10prozentige Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl- oder Rattoffelwagmehl angeordnet wird. Drittens, daß den Brauereien die Verwendung von inländischem Brottreibes und inländischer Gerste zur Bierbereitung und die Verwendung jeglichen Getreides zur Herstellung von Starkbier untersagt wird. Der sächsische Antrag wird damit begründet, daß die Ablieferung des ersten Drittels für die Getreidemenge im Reiche erheblich schlechter als im Vorjahre vor sich gegangen sei. Darin ist nicht allein das ungünstige Erntewetter Schuld, denn Anhalt, Braunschweig und Sachsen sind ihrer Pflicht wohl nachgekommen, während im Durchschnitt des ersten fälligen Drittels abgeliefert haben. Aus einzelnen Ländern ist sogar überhaupt noch nichts eingegangen. Die Ernährungskalamität wird dadurch gesteigert, daß ausländisches Getreide infolge der Kurssteigerung kaum noch eingeführt werden kann. Deshalb verlangt die sächsische Regierung eine rasche Beibehaltung des Umlagegetreides. Von den Länderregierungen muß gefordert werden, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Straf- und Beitreibungsbefugnisse rücksichtslos durchführen, und wenn sie das nicht aus eigenem tun, müssen sie, wie der sächsische Antrag es verlangt, vom Reiche dazu gezwungen werden. Trotzdem würde sich eine Brotkrise kaum umgehen lassen.

Die Reaktion an den Hochschulen.

Eine Rundgebung des akademischen Senats.

Der akademische Senat hat in seiner Sitzung vom 23. d. M. folgende Rundgebung beschlossen: „Der akademische Senat der deutschen Universität Prag beurteilt auf die schärfste die Ausschreitungen, die zur Unterbrechung der Vorlesungen geführt haben. Er warnt die Studierenden förmlich vor einer Wiederholung der Störungen, da der gewählte Universitätsrektor niemals zum Rücktritt gezwungen werden kann und darf. Ein gewaltsames Vorgehen wird unter keinen Umständen von den akademischen Behörden gebilligt oder auch nur geduldet werden.“

Der Senat erwartet von der Reize und Besonnenheit der Studentenschaft, daß sie angesichts der kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Bedrängnis des deutschen Volkes und seiner Universität und im Bewußtsein der Gefährdung der akademischen Autonomie die volle Wiederaufnahme der Universitätsbetriebs nicht hindern wird.

Sollten diese Erwartung getäuscht werden, würden sich da die schwersten Nachteile für die Studenten ergeben. Das Semester wäre gefährdet, Prüfungen und Promotionen müßten unterbleiben, Abgangsjunglinge zum Besuch fremder Hochschulen könnten nicht ausgefolgt werden.

Der akademische Senat verabsieht sich keineswegs der Erwägung, daß unter den heutigen Verhältnissen auch der Studentenschaft ein Anteil an der Universitätsverwaltung gebührt und er wird in diesem Sinne, soweit nicht schon die geltende Universitätsverfassung das Mittel dazu gewährt, eine Reform dieser Verfassung anstreben.

Die Wiederaufnahme des vollen Universitätsbetriebes wird auf Montag, den 27. d. M., festgesetzt. Bis auf weiteres ist der Eintritt in die Universität nur gegen Legitimation gestattet.“

Eine ähnliche Rundgebung ist vom Professorenkollegium der medizinischen Fakultät in der am Mittwoch abend stattgefundenen Sitzung gefaßt worden, deren Veröffentlichung mit Rücksicht auf die heutige Senatsitzung unterblieb.

Eine Aufforderung an den akademischen Senat.

Die freie Vereinigung sozialistischer Akademiker hat der gestrigen Sitzung des akademischen Senats folgende Aufforderung überreicht:

Angesichts der Gefahr, in die die Prager deutsche Universität durch den Streik eines Teiles der Studentenschaft gebracht wurde, verlangt die sozialistische Studentenschaft:

1. daß der akademische Senat in einer Rundgebung den streikenden Studenten in letzter Stunde vor Augen führe, welche Gefahr durch ihr unüberlegtes Vorgehen nicht nur ihnen persönlich, sondern vor allem der deutschen Universität und allen Studierenden droht;
2. daß der akademische Senat jedem Nichtstreikenden die Möglichkeit eröffne, seinen Willen, Vorlesungen zu besuchen, den akademischen Behörden gegenüber zu erklären, um sich auf diese Weise vor dem unter Umständen drohenden Verlust des Semesters zu schützen.

Eine gleichlautende Aufforderung wurde auch vom Ausschuh der nichtstreikenden deutschliberalen Studenten abgegeben.

Deutschvölkische Geständnisse.

Das „Prestamt“ der deutschvölkischen Schulschwänzer gesteht in seinen diversen Mitteilungen an die Presse der Herren Logoman und Knirsch, es sei wahr, „daß die tschechische Studentenschaft von ihnen um Neutralität ersucht wurde.“ Damit geben sie zu, daß sie nicht nur, wie wir zu ihrer unauflöslichen Schande feststellten, in den tschechischen Redaktionen um Hilfe bettelten, sondern auch bei den tschechischen Akademikern um deren Sympathien gebuhlt haben. Mit dieser Feststellung von ihrer eigenen Seite haben sich die unreifen, verhehlt und nun selbst behendenden Terroristen ein für allemal bloßgestellt. Der „entscheidende Einfluß“, den sie für sich erobert wollen, wird nicht ihnen zufallen, sondern der gesamten deutschen Bevölkerung, die auf ihrem Rechte beharren wird, durch ihre gewählten Vertreter das Schicksal der deutschen Universität ausschlaggebend mitzubestimmen. Welch jämmerliche verachtenswürdige Geisteskinder die streikenden deutschvölkischen Studenten sind, beweist übrigens auch folgende von ihrer Seite stammende Mitteilung im „Nordböhmischen Tagblatt“: „Es ist dafür gesorgt, daß die deutschvölkischen Hochschüler an reichsdeutschen Hochschulen Aufnahme finden und das laufende Semester dort eingerechnet bekommen.“ Also die Durschen, welche die Schuld daran tragen, wenn die Universität gesperrt wird und die Studenten ein Semester verlieren, haben „bereits Sorge dafür getragen“, daß sie keinen Schaden erleiden. Sie werden wahrscheinlich an irgendeiner reaktionären Hochschule Deutschlands Unterkunft finden. Was scheren sie die vielen Hunderte armer Studenten, die sich den Luxus eines Studiums an einer auswärtigen Universität nicht leisten können und die darum ein Semester verlieren

müssen, das für sie wahrlich wertvoller wäre, als für die zandalstehenden Geistesbrüder, die Söhne der fahenden Eltern! Auch dieses Geständnis, das da die Gefellen ablegen, ist ein wertvoller Beitrag zur bleibenden Sicherstellung ihrer jämmerlichen Befahrung.

Die Reden Dr. Wichnowskis und Hillebrands.

In unserer Prager Versammlung am Mittwoch sagte Senator Genosse Professor Dr. Wichnowski unter anderem:

Die völkische Studentenschaft, welche die Vorlesungen verhindert — die nunmehr listig sind — will solange im Streik verharren, bis sie den Rücktritt des gegenwärtigen Rektors durchgesetzt hat und begründet dies damit, daß dieser Rektor ein Jude ist. (Witze!) Von gewissen Leisetretern wird vorgeschoben, daß dieser Streik eine interne Hochschulangelegenheit sei, um so die Defensivität abzuhalten, einzugehen. Wir gestehen jedem das Recht zu, für seine Meinung zu kämpfen und wollen auch nicht über das Recht der Gewaltanwendung streiten, da ja auch wir in unserem Kampfe und der äußersten Maßnahmen nicht begeben wollen. Den Studenten ist jedenfalls nicht das Recht abzuspüren, zur Rektorswahl Stellung zu nehmen und ich halte eine zweckmäßige Umgestaltung der Verfassung unserer Hochschulen in der Richtung, daß den Studenten ein maßgebender Einfluß eingeräumt werden soll, für bringen notwendig. Wogegen ich aber mit aller Energie ankämpfe, das sind die antisemitischen Ziele, die hier verfolgt werden. Auf die Hochschule angewendet, bedeutet der Antisemitismus die Gefährdung der allgemeinen Zugänglichkeit dieser Bildungsinstitute, der Lehrfreiheit und der Forschung. Heute soll der Rektor ein Jude sein dürfen, morgen wird dasselbe für die Professoren gelten und schließlich wird man den jüdischen Studenten die Aufnahme an den Hochschulen verweigern wollen. Die Juden von der Forschung ausschließen, heißt aber, eine der ergiebigsten Quellen des wissenschaftlichen Fortschritts zu verstopfen. Und das ist keine interne Hochschulangelegenheit, wenn ein Teil unserer Mitbürger in Zukunft von der höchsten Bildung ausgeschlossen werden soll. Die Defensivität hat nicht nur das Recht, aufgestellt zu werden, sondern auch die Pflicht, Stellung zu nehmen.

Die Entwicklung hat eine Verhärtung des Antisemitismus mit sich gebracht. Den Aethiopen war noch durch die Taufe der Weg ins freie geblieben. Heute aber gibt es für die Juden keinen Weg ins freie, heute gilt der Rassenbegriff. Unterscheiden sich nun die Menschenrassen wirklich so sehr voneinander, daß die Rassenfeindschaft organisch begründet wäre? Die Erfahrung hat doch im Gegenteil gezeigt, daß jeder einzelne in Intelligenz und Moral das Produkt seiner Umgebung ist. Besonders widerwärtig ist der Antisemitismus im geistigen Leben. Von Christus bis Einstein ist der kulturelle Fortschritt der Menschheit den Juden unendlich viel Dank schuldig geworden und die Entwidlung der weltlichen Wissenschaft ist ohne die Juden überhaupt nicht denkbar. Der Antisemitismus ist nicht nur menschlich verwerflich, sondern auch politisch gefährlich, weil er stets mit reaktionären Tendenzen eintritt. Der Antisemitismus ist keine Weltanschauung, sondern eine Defizialität, die in letzter Konsequenz zum blutigen Mord führt.

Steinherr wurde seinerzeit mit Zweidrittelmajorität zum Rektor gewählt, diese Mehrheit war kein Zufall. Dies beweist der Umstand, daß auf Grund gewisser Einflüsse die Wahlmänner später noch einmal zusammentraten und dort wieder in überwältigender Mehrheit für Steinherr votierten. Die Macht der Reaktionsäre an der Universität, die dort nicht in der Mehrheit sind, ist dadurch begründet, daß die freigeitlich Gesinnten dem organisierten Terror nachgeben. Wir müssen unseren Standpunkt mannhaft vertreten, jeder muß öffentlich seine Farbe bekennen. Traurig ist, daß ein deutsches „freigeitliches“ Blatt dieser Tage geschrieben hat, der Rektor hätte verstanden sollen. Dadurch werden dem Gegner Waffen in die Hand gegeben. Professoren und Studenten der Universität sollen sich zusammenschließen, den reaktionären Tendenzen die Stirn bieten und die öffentliche Meinung muß klar dokumentieren, daß sie hinter diesen freigeitlichen Bestrebungen steht. Diese Versammlung möge ein Mittel sein, denjenigen, die freigeitlich gesinnt sind, das Rückgrat zu stärken.

Abg. Genosse Hillebrand führte unter anderem aus:

Die Welt stuet aus tausend Bränden, die ihr der Krieg und die Friedensverträge geschlagen haben. Die Weltwirtschaft hat eine vorher nie gekannte Erschütterung erfahren, ungeheure Arbeitslosigkeit, Elend und Not sind in hunderttausende Arbeiterfamilien eingeleitet. In unserem Staate gesellt sich dazu für uns noch die Notigung, einen scharfen nationalen Kampf zu führen, der vor allem ein Kampf um unser Schicksal ist. Alle Kräfte wären nötig, um gegen alle diese Erscheinungen gekämpft zu werden. Und in dieser Situation bricht plötzlich ein in seinen Formen gewalttätiger Kampf aus, weil der Jude Steinherr zum Rektor gewählt wurde. Bisher ist kein Wort gefallen, daß die sachliche Qualifikation des Rektors Steinherr begreifbar ist. Man stiert nur auf das eine Wort: er ist ein Jude. So wie die Christgläubigen alles Gute von Gott herleiten, so machen die Antisemiten die Juden für alles Schlechte verantwortlich, auch heute noch, nach dem schrecklichen Erlebnis des Weltkriegs, den Verdacht, Franz Josef, Wilhelm, Hindenburg, Ludendorff — die doch gewiß keine Juden sind — entseht haben.

Nach der Wahl des Rektors haben die völkischen Studenten den Beschluß gefaßt, daß sie keinen akade-

mischen Grad von einem Juden empfangen wollen. Dagegen ist natürlich gar nichts zu sagen, zur Liebe läßt sich niemand zwingen. Sie können auch streiken, so lange sie wünschen. Aber die gewalttätige Minderheit übt elernen Terror aus und verhindert die Mehrheit am Besuche der Universität. Wir haben uns unter der akademischen Freiheit etwas anderes gedacht, als daß die Minderheit über die Mehrheit kommandieren will. Wenn das, was hier geschah, bei einem Arbeiterstreik passiert wäre, da wären Staatsanwalt, Polizei und Richter aufmarschirt. Wir haben es hier zu tun mit einer militärisch organisierten Macht. Was wäre wohl die Folge gewesen, wenn es sich streikende Arbeiter einmal hätten einfallen lassen, die Fabrik, in der sie arbeiteten, gewaltsam zu besetzen?

Die Studenten rühmen sich, eine „nationale Elite“ begehnen zu haben, aber das heißt sie nicht ab, eingehüllt in die Loge des Nationalismus, in die tschechischen Redaktionen zu geben, um dort mit der tschechischen Reaktion Frühlung zu suchen und von ihr Hilfe zu ersehen: „Seid doch so gut und seid ebenso reaktionär wie wir.“ Es ist einem weh, wenn man daran denkt, daß deutsche Studenten im Jahre 1848 von der deutschen Republik willen auf die Barrikaden gestiegen sind und ihr Blut vergossen haben für die Idee, deren schlimmste Belämpfer die heutigen geworden sind. Und in den Podenitagen des Jahres 1897 waren es deutschnationale Studenten, die unseren unvergesslichen Führer Viktor Adler — auch einen Juden — auf ihren Schultern ans dem Parliamente getragen haben. Damals war die deutschvölkische Studentenschaft aus einem ganz anderen Holze geschnitten, die heute die Schrittmacher der Reaktion ist.

Ein Gefühl unendlicher Bitterkeit aber beschleicht einen, wenn man die Ostung des akademischen Senates sieht, wenn man sieht, wie so viele der Herren Professoren zögern und schweigen und bis heute nicht die Kurage ausgebracht haben, sich offen zu erklären. Dagegen beweist die ganze Ostung des Rektors Steinherr, daß man es hier mit einem aufrichtigen Manne zu tun hat. Diejenigen, die ihn seinerzeit gewählt haben, müssen doch auch, so sollte man meinen, die Redlichkeit und den Mut besitzen, für ihre Ueberzeugung und für den Mann ihrer Wahl einzutreten.

Es handelt sich hier nicht um eine ausschließliche Angelegenheit der Universität, sondern um das Recht der Lehr- und Lernfreiheit, um die Freiheit der Wissenschaft und den Anspruch, sie zu erwerben. Die Deutschvölkischen haben die Hochschule nicht gepachtet, sondern sie ist Besitztum des ganzen Volkes. Wenn sich am 25. November beim Versuch der Wiederaufnahme der Vorlesungen die Vorfälle wiederholen und die Regierung dann zum großen Schaden des deutschen Volkes die Universität schließt, dann trifft die Verantwortung hierfür die deutschvölkischen Studenten, den saumseligen, feigherzigen Senat und die Parteien der Kampfgemeinschaft, welche die hauptsächlichsten daran sind. Wir deutschen Sozialdemokraten haben angesichts der Wichtigkeit der Angelegenheit für das ganze deutsche Volk aus dem akademischen Senat einzuwirken versucht. Das Verhalten des Senats hierüber, das „außenstehende Faktoren“ eingegriffen haben, ist eine Annäherung, die in aller Offentlichkeit energisch zurückgewiesen werden muß. Wir haben ein Recht, als Vertreter der Arbeiter zu fordern, daß die Tore der Hochschulen für alle, die was lernen wollen, aufgerissen werden. Die Parteien der Herren Logoman und Knirsch haben sich offen zu der Gewalttat bekannt. Es ist uns recht, daß diese Herren zum Kampfe antreten, wir werden mit ihnen um so fürchterlicher Abrechnung halten können. Die Anschläge der Reaktion werden und müssen zerfallen an dem geschlossenen Kampfbund der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche die Demokratie und den Sozialismus zum Siege führen wird.

Für den Weiterbestand der sektionierten Landeslehrkräfte.

Eine Denkschrift der Deutschen Sozialdemokraten.

Die parlamentarische Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat die von der Regierung nach den Zeitungsmeldungen beabsichtigte Reorganisation der Landeslehrkräfte und vor allem die beabsichtigte Aushebung der nationalen Sektionierung dieser Körperschaft: beraten und den Beschluß gefaßt, gegen die Sektionierung dieser Abteilungsmitglieder Einspruch zu erheben. So sehr auch die von der Regierung geplante Demokratisierung der Landeslehrkräfte durch Zusammenführung derselben nach den Grundsätzen der verhältnismäßigen Parteienvertretung zu begrüßen ist, so mühte doch in der Beibehaltung der nationalen Sektionierung die Vernichtung des letzten Restes der kulturellen Selbstverwaltung der deutschen Bevölkerung erblickt werden.

Gegen jeden solchen Versuch legt die parlamentarische Vertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei entschiedenen Protest ein und warnt vor den Konsequenzen eines solchen Schrittes.

Gleichzeitig haben im Auftrage der Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren die Gen. Dr. Cech und Cermak beim Unterrichtsminister Bedahne vorgeschrieben, ihm den Beschluß übermitteln, auf die Folgen der beabsichtigten Maßnahmen hingewiesen und ihm in weiterer Folge eine kurze Denkschrift überreicht, welche die Rechtslage für den Weiterbestand der sektionierten Landeslehrkräfte darlegt und im wesentlichen folgendes ausführt:

Bei der geplanten Reorganisation und Demokratisierung der Landeslehrkräfte, die in Einklang nach dem Grundsatze der verhältnismäßigen Parteienvertretung zusammengeführt werden sollen, darf an der bisher geltenden nationalen Sektionierung unter keinen Umständen gerüttelt werden,

da jede wie immer geartete Ausbeugung oder Verschmälerung der nationalen Sektionierung dem Gesetze widerstreiten würde; dies soll im Folgenden dargelegt werden:

Nach § 2 des Gesetzes vom 9. April 1920, Nr. 202 Sg. d. G. u. B. übernimmt das Ministerium für Schulwesen und Volkshochschule, sobald die Regierung im Sinne des § 38 des zitierten Gesetzes die Durchführungsvorordnung erläßt, den Wirkungsbereich, den in Angelegenheiten des Hoch-, Mittel- und Fachschulwesens die Landesräte und die politischen Landesverwaltungen bisher besaßen. Der § 38 des zitierten Gesetzes bestimmt weiter, daß durch die Regierungsverordnung der Zeitpunkt der Auflösung der Landes- und Bezirksräte, sowie das Organ festzusetzen ist, welches die Funktionen der aufgelösten Behörden vorläufig ausüben hat. Die Regierung sieht in demnach richtiger Weise die ihr in § 38 geschehene Ermächtigung selbst als eine dadurch beschränkte an, daß sie wohl zur Befestigung eines anderen Organes an Stelle der Landesräte, nicht aber auch zur Aenderung des Funktionsbereichs dieser Organe berechtigt ist. Der Funktionsbereich der Landesräte ist neben anderem auch wesentlich bedingt und umschrieben durch die nationale Sektionierung; daher ist in der Vorschrift, daß die an die Stelle der Landesräte eintretenden Organe die gleichen Funktionen haben sollen, wie die Landesräte, auch die Aufrechterhaltung der nationalen Sektionierung inbegriffen.

Dieser tritt aber auch noch ein zweites Moment. Die Regierung hat im § 11 der Verordnung vom 6. Dezember 1920, Nr. 608 Sg. d. G. u. B., mit welcher die Bezirksräte aufgelöst und neue Bezirksrathen geschaffen wurden, festgestellt, daß der Wirkungsbereich der Bezirksrathen der gleiche ist, wie der bisherige Wirkungsbereich der Bezirksräte; aus diesem Grunde hat die Regierung unter Berufung auf diese zitierte Verordnung und auf § 22 des Schulverwaltungsgesetzes in gemischtsprachigen Gebieten die nationale Sektionierung der Bezirksrathen aufrechtzuerhalten. Da sich die Verordnung vom 6. November 1920 Sg. d. G. u. B. Nr. 608 auf denselben § 38 des Schulverwaltungsgesetzes stützt, mit welchem die Reorganisation der Landesräte begründet wird, ist die Frage der Aufrechterhaltung der nationalen Sektionierung in den Landesräten durch das Präjudiz bei den Bezirksrathen bereits mitentschieden.

Bei dieser Sach- und Rechtslage würde sich der Angehörigen der deutschen Bevölkerung die tiefste Erbitterung bemächtigen, wenn ihnen ohne jeden Grund und ohne gesetzliche Unterlage der letzte Rest der kulturellen Selbstverwaltung im Verordnungswege genommen würde.

Die Krise in der Landwirtschaft. Beginnender Kampf um die Agrarzölle.

Am landwirtschaftlichen Ausschuss wurde am 22. November die Debatte über das Exposé des Ministers Dr. Hodža betreffend die Krise in der Landwirtschaft eröffnet.

Abgeordneter Schmalik (tsch. Agrarier) klagte u. a. über die schädlichen Wirkungen der Spekulation, welche eine Preisdisparität der landwirtschaftlichen Produkte im Vergleich zu den Industrieerzeugnissen herbeiführt, jammerte über Steuerbedrückungen, verlangte die Errichtung landwirtschaftlicher Kammern und die Abänderung des Zolltarifs, die Einföhrung der Kriegsanleihe für die kleinen Landwirte und eine ausgiebige und gerechte Notlandaktion. Abgeordneter Maschek (agrarische Opposition) setzte sich nachdrücklich für die Vervollständigung der landwirtschaftlichen Produktion ein, so wie es in Deutschland mit großem Erfolg geschehen ist, begehrte die freie Einföhrung künstlicher Düngemittel und die ungehinderte Einföhrung von Korn, Mehl, Stroh, Nahrungsmitteln, damit die Kleinbauern der heimischen Landwirtschaft zugute käme. Redner vermißt die notwendige fachliche Erziehung der Grundbesitzer, setzt sich für die Zusammenlegung der Grundstücke ein, befürwortet die Verwendung von Torf als Düngemittel und verlangt, daß auch die sozialistischen Parteien eine großzügige Produktionspolitik unterstützen, umso mehr, als die Landwirtschaft bei uns noch auf tiefer Stufe steht.

Abgeordneter Genosse Schweichart, der darauf zu Worte kam, meinte, daß die Krise in der Landwirtschaft nur eine Teilkrise des kapitalistischen Systems ist und niemals deutlicher als jetzt die sozialistische Plan- und Bedarfswirtschaft fehle. Wenn auch der Minister nur im allgemeinen gesprochen habe, so ziehe sich doch durch seine Rede und die anderer wie ein roter Faden das Verlangen nach einer energischen Sozialpolitik. Wahrscheinlich strebe man, so wie im alten Oesterreich, nach einem Kompromiß zwischen der Industrie und den Agrariern. Genosse Schweichart untersuchte an der Hand reichhaltiger Tatsachenmaterials die Frage, wem die agrarischen „Schutzzölle“ nützen. Die Hauptnutznieher sind die Großgrundbesitzer. In Oesterreich waren dies 18.000, in der Tschechoslowakei sind es kaum 3000. Ihnen gegenüber standen in Oesterreich (abgesehen von den reinen Konsumenten) 2,8 Millionen Kleinlandwirte; in der Tschechoslowakei sind es mindestens eine Million Kleinbauern und Häusler, welche gar kein Interesse an Agrarzöllen haben. In Böhmen allein gibt es 704.000 Kleinlandwirte (gleich 84 Prozent aller Besitzer), welche im Durchschnitt kaum einen Hektar Grund und Boden für eigen nennen. In Böhmen existieren nur 2849 Bauern mit einem Besitz von 50 bis 100 Hektar und 151 Besitzer mit über 2000 Hektar Interessenten an Agrarzöllen sind vor allem die Herren Clam-

Eröffnung des englischen Parlaments.

Die Thronrede.

London, 23. November. (A. N.) Der König, begleitet von der Königin, hat heute mittags die Parlamentssession eröffnet. Auf dem Wege nach Westminster wurde das Königspaar von der Bevölkerung herzlich begrüßt. In der Thronrede verwies der König vor allem auf die Dringlichkeit, bis zum 6. Dezember die Verfassung des irischen Freistaates zu erledigen, wie dies der englisch-irische Vertrag verlangt. Der König fuhr sodann fort: Die Frage des Handels und der Beschäftigungslosigkeit ist ständig der Gegenstand meiner Erwägung. Die von der früheren Regierung vorbereiteten Maßnahmen, um die Mängel in dieser Hinsicht zu beseitigen, werden neuerlich geprüft werden und sie werden ersucht werden, zu sorgen, daß sie fortgesetzt und erweitert werden. Bei-

ter's sagte der König, daß das Parlament um die Garantie der Anleihe ersucht werden wird, welche gemäß dem Vorschlage des Völkerbundes zur Erneuerung Oesterreichs gewährt werden soll. Ueber die Lausanner Konferenz sagte der König, die Verhandlungen über die Beilegung der Schwierigkeiten im Nahen Osten sind im Zuge und ich hoffe, daß die Bemühungen meiner Minister in Lausanne, die mit den Vertretern unserer Bundesgenossen zusammenwirken, zu dem Ergebnis führen möchten, daß der Friede wiederhergestellt werde und daß die Bewohner der Gebiete, die noch jünger der Schaulplatz schwerer Leiden waren, wieder in Sicherheit leben können.

Tagess-Neuigkeiten.

Die Hilfsaktion für Rußland. Der Arbeiterausschuss für den russischen Hilfsfond hat über den Stand der russischen Hilfsaktion, die vom Proletariat der Tschechoslowakei durchgeführt wird, beraten und festgestellt, daß die Sammlungen bis Ende September die Höhe von 5.331.436,81 Kronen erreicht haben. Mit Rücksicht darauf, daß die Aktion ihren Höhepunkt erreicht hat und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Krise, die in den Reihen der Arbeiterschaft herrscht und in Uebereinstimmung mit der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam, hat der Ausschuss beschlossen, die Hilfsaktion in der Tschechoslowakei vollständig zu liquidieren. Aus dem Bericht, den das Sekretariat des Arbeiterausschusses erstattet, wurde festgestellt, daß das Ergebnis der Sammlungen wie folgt vertheilt wurde: Sendungen, die nach Rußland geschickt wurden: 3.822.926,82 Kronen, Regioausgaben sowie Verkehrs- und Gebühren 66.516,50 Kronen. Ferner wurden dem Internationalen Gewerkschaftsverband zum Ankauf von Hilfsmitteln und für Transportauslagen 1.451.993,49 Kronen in Barm überwiefen, insgesamt also 5.331.436,81 Kronen. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die im Arbeiterausschuss vertreten waren, werden aufgefordert, alle bisher noch nicht abgeführten Sammelisten sofort dem Arbeiterausschuss einzusenden.

Dem akademischen Senat zur Nachahmung empfohlen. Der Beschluß der Jeneiser Rinkler, wonach in den klinischen Hörsälen die vier ersten Bankreihen für Studenten rein germanischer Abstammung zu reservieren sind, ist laut „Berliner Tageblatt“ vom Volksbildungsministerium in Weimar für rechtswidrig erklärt worden. Für den Fall der Durchführung dieses Beschlusses sind die schärfsten Maßnahmen vorgesehn.

Ein schwerer Schicksalsschlag hat unseren Genossen Leibl und seine Familie getroffen. Mitten in der Blüte seiner Jahre starb Genosse Josef Leibl, der Sohn unseres Abgeordneten, einen jähen Tod. Der Unglückliche der als Student der deutschen Technik im Prager Studentenheim wohnte, wurde noch Mittwoch Mitternacht von seinen Zimmertollegen gesund und munter bei seinen Büchern angetroffen. Gestern früh fand man ihn tot in seinem Bette auf. Es handelt sich vermutlich um einen Herzschlag. Die Todesnachricht wirkt umso erschütternder, als Josef Leibl, ein 21jähriger, hoffnungsvoll begabter Student, ein strammer junger Mann gewesen war, der nie über Krankheit klagte. Nur vor etwa acht Tagen verprügte er Stiche in der Seite und ließ sich vom Arzt untersuchen, der aber nichts feststellen konnte. Dem Abgeordneten Genossen Leibl und seiner Familie, der so plötzlich der älteste Sohn entrißen wurde, wendet sich unser aller wärmste Anteilnahme ob dieses traurigen Verlustes zu.

Ueberall dieselben. Am 11. November haben sozialistische Arbeiter die Gräber der französischen und deutschen Soldaten, die im Friedhof von Rennes in der Bretagne bestattet sind, mit Blumen geschmückt. Diese Kundgebung christlicher — so sagt man ja? — Pietät ist dem „Merikanischen Blatte“ „La Croix“ (Das Kreuz) nicht entgangen. Es nennt im Sinne der „Merikanischen Religion“ die Arbeiter „schamlose und zynische vaterlandslose Gesellen“ und fordert die Behörden auf, einzuschreiten, um „schwere Zusammenstöße zwischen den vaterlandstreuen Franzosen und den Spießgesellen des Feindes zu verhüten.“ Woraus man ersieht, daß die „Merikanischen“ alleßfalls von den gleichen „christlichen“ Gefühlen erfüllt sind.

Ueber den blutigen Arbeiterkongreß in Madrid, von dem wir vorpfeztern berichteten, wird nun folgendes gemeldet: An diesem spanischen Gewerkschaftskongreß nahmen als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Jouhaux und Dudgeest (Amsterdamer) teil. Gegen sie brachten die kommunistischen Delegierten die üblichen Beschimpfungen vor. Alle übrigen Delegierten erhoben dagegen den stärksten Widerspruch und affirmierten die beiden lebhaft. Das führte nun zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf die Kommunisten Revolver zogen und in die Kongreßteilnehmer schossen. Nach der kurzen Zeit flüchteten die Kommunisten. Ein Delegierter wurde getötet und mehrere verwundet. Die Opfer sind durchwegs Spanier. Infolge des meuchlerischen Ueberfalls sind mehrere Kommunisten verhaftet worden und der Kongreß hat die Ausschließung sämtlicher kommunistischer Delegierten beschlossen.

Von der bekannten politischen Bezirksverwaltung in Sternberg. Die politische Bezirksverwaltung in Sternberg nimmt sich heraus, den deut-

lichen Gemeinden zu verbieten, mit den ausländischen Behörden und Beamten unmittelbar und in deutscher Sprache zu verkehren. Selbstverständlich werden sich die deutschen Gemeinden um diesen lächerlichen Unfug nicht scheren und mit den deutschen Behörden und Beamten im Auslande nach wie vor unmittelbar und in deutscher Sprache korrespondieren.

Der Sexualforscher Dr. Iwan Bloch gestorben. Sonntag starb in Berlin im Alter von 50 Jahren der bekannte Berliner Arzt und Sexualforscher Dr. Iwan Bloch.

Vorsprache der Vertreter der Stadtgemeinde Teplitz-Schönbau beim Präsidenten der Republik. Der Präsident der Republik hat gestern die Vertreter der Stadtgemeinde Teplitz-Schönbau, die beiden Vizebürgermeister Kremsler und Modrey und Herrn Advokaten Dr. Stein, in Angelegenheit der Verstaatlichung der A. T. E. empfangen. Bekanntlich strebt die Stadtgemeinde die Erlassung eines Spezialgesetzes an, dessen Zweck die Ausgleichung jener Nachteile ist, durch die die städtischen Finanzen schwer geschädigt wurden. Ueber diese für die Stadt sehr wichtige Angelegenheit erstattete die Abordnung dem Präsidenten Vortrag und richtete an ihn die Bitte um Unterstützung. Der Präsident versicherte die Abordnung, daß er in dieser Sache noch heute mit dem Ministerpräsidenten und den Fraktionären sprechen werde. Vorher wurden die Vertreter der Stadt vom Ehrenlangler Dr. Samal empfangen, der ihnen gleichfalls seine Unterstützung zusagte.

Gegen die schlechte Unterbringung der Soldaten in der Slowakei und Karpathenland. In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses erstattete Abgeordneter David einen Bericht über den Antrag Spatny betreffend die Abhilfe der Wohnungsnot der Militärgastisten in der Slowakei und Karpathenland. Der Besörde soll das Recht eingeräumt werden, alle leer stehenden Räume, sowie Räume bei großen Wohnungen, in Beschlag zu legen. Abg. Genosse Foll bemängelt, daß man mit keinem Wort der schlechten Unterbringung der Soldaten in der Slowakei und Karpathenland gedenkt. Das Uebel, das man jetzt wahrnimmt, ist nur eine Teilercheinung ungenügender Verhältnisse. Es ist vor allem darauf zurückzuführen, daß wir einen zu großen Heeresstand haben, demzufolge in eine Menge Orte neue Garnisonen gelegt worden sind, wo alle Voraussetzungen zur Unterbringung fehlen. Redner spricht sich schließlich für die allgemeine Beschlagnahme aller leer stehenden und überzogenen Wohnungen aus.

Ein ausgebeuteter Raubmord an einem Studenten in Wien. Der Wiener Posten ist es gelungen, das Verschwinden des Hörers der Technischen Hochschule Robert Staudacher aus Bozen aufzuklären. Staudacher hat vor einem Monat auf Grund eines Zeiningsinrates eine Wohnung in der Rotenhofgasse gemietet und verschwand dann, ohne jemanden eine Nachricht über seinen Verbleib zu geben. Staudacher war Kriegseinvalide und bezog als Bogener von Italien 175 Lire Monatspension. Seine Mutter schickte ihm monatlich 100 Lire. Da nun das Geld weiter an seine Adresse einliefe und nicht behoben wurde, forschte die Polizei nach, wer der Besitzer der Wohnung in der Rotenhofgasse sei. Die Wohnung gehörte der Haushälterin Wilma Ritschel, deren Sohn Anfang Oktober in Berlin gewesen war und jetzt nach Rumänien auf Arbeitsuche gereist ist. Frau Ritschel wußte von dem Wohnungsinferat nichts. In dem Zimmer Staudachers wurde nichts gefunden. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß nur der Sohn der Frau Ritschel das Inserat ausgegeben haben konnte und daß an Staudacher ein Raubmord verübt worden sein mußte. Eine nochmalige genaue Untersuchung der Wohnung förderte eine blutbefleckte Hade und Decke zutage. Auch im Stadegarten der Frau Ritschel im 10. Bezirk wurden Grabungen vorgenommen, wobei man die Leiche Staudachers ausgrub. Gegen den jungen Ritschel, von dem zuletzt aus Budapest Nachrichten eingelangt sind, wurde ein Steckbrief erlassen. Frau Wilma Ritschel scheint mit dem Verbrechen in keinem Zusammenhang zu stehen, da sie seit August beruflich am Semmering weilte.

Theaterstandal in Brandenburg. Sonntag abend, vor Beginn der Vorstellung kam es im Stadttheater zu Brandenburg zu einem großen Standal. Infolge Differenzen zwischen der Direktion und den Schauspielern über Gehaltsfragen wollten die Schauspieler ihre Angelegenheit vor die Öffentlichkeit bringen und von der Bühne herab vertreten. Als der Vorhang aufging, verließ ein Schauspieler die Fordernungen der Schauspieler vorzutragen. Der Direktor rief: „Vorhang runter!“ Dabei symbolisierte der Schauspieler mit dem Direktor Meyerjeden und geriet mit einem Fuß in den Souffleurkasten, von wo er, um einen Unfall zu vermeiden, in den Zuschauerraum springen mußte. Nachdem auch der eiserne Vorhang niedergelassen war, begab sich das noch unvollständige Personal in den Zuschauerraum und vertrat dort seine Forderungen gegenüber dem Publikum. Das Publikum nahm Partei für die Darsteller und veranstaltete sofort eine Sammlung, die 17.000 Mark ergab. Die Direktion mußte infolge der bedrohlichen Haltung das Feld räumen. Die Vorstellung begann anderthalb Stunden später.

Bahnräuber. Köln, 23. November. (Wolff.) In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde auf der Strecke Köln-Gremberg ein Güterzug von einer 15köpfigen Bande beschossen und umfallen gezwungen. Die herbeigeeilte Bahnpolizei geriet in ein Gefecht mit den Angreifern, da dieselben jedoch besser bewaffnet waren, mußte sie sich zurückziehen. Ein Angehöriger der Bahnpolizei wurde schwer verletzt. Es ist gelungen, den Angreifern auf die Spur zu kommen. Ein Teil des geraubten Geldes konnte wieder herbeigeschafft werden.

Telegramme.

Für eine Erweiterung der Kleinen Entente.

Paris, 23. November (Havas). Die Korrespondenten der Pariser Blätter in Lausanne haben insbesondere die Bedeutung der Uebereinstimmung der Vertreter der Balkanstaaten hervor. Einige, namentlich der Korrespondent des „Petit Parisien“ berichtet, Rincic sei der Ansicht, das Einvernehmen auf dem Balkan müsse eine konkrete und dauerhafte Form annehmen und bis zu einem gewissen Maße müsse dies durch die Erweiterung der Kleinen. Er: nie geschehen. Dr. Benesch, welcher diesem Plane freundlich gegenübersteht, werde binnen kurzem mit Rincic unweit von Lausanne konferieren.

Renner sind ideenreich, ihre Logik geistvoll, die Leistung des vorliegenden Buches daher anregend wie alles, was Renner schreibt. E. St.

G. J. Gumbel: Vier Jahre politischer Mord (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Nikotenau 1922). Die fünfte Auflage von Gumbels Broschüre 'Zwei Jahre Mord' ist unter neuem Titel erschienen. Es ist kein sentimentales Buch, keine Parteifrisch, aber eben deshalb, weil es nur ein Buch voll nackter Tatsachen ist, eine umso schrecklichere Auflage, ein fürchterliches Dokument dieser graufigen Zeit, die dem 'Stahlbad der Völker' folgte. Gumbel ist diesmal noch vorsichtiger in der Auswahl der Fälle gewesen und dennoch ergibt sich als Resultat die Zahl von 22 Morden von links und 354 Morden von rechts. Und wie hat die deutsche Justiz diese Morde geführt? Für die 22 linkswarden wurden zehn Einrichtungen vollzogen und 15 Jahre Einsperrung einfallen auf jeden Mord. Vier Monate Einsperrung sind die Zühne, die jedem Opfer der rechtswarden Mörder ward. Ein einziger von 354 Morden wurde voll geführt! Niemand sollte über politische Gegenwartsfragen reden, der dieses Buch nicht kennt. Dem erkundlichen, in überflüssigen Tabellen noch gesondert zusammengestellten Material ist eine interessante Abhandlung 'zur Soziologie der politischen Morde' angehängt. Dieses Buch verdient eine Millionenaufgabe! Fr.

Glasarbeiterkalender 1923. In der Reihe der von Verfassern unserer Gewerkschaften herausgegebenen Taschenkalender verdient dieser Kalender Beachtung, da er nicht nur ein Kalendarium und für die Arbeiter interessante Materialien enthält - Gesetze und Verordnungen, die jeder Arbeiter, insbesondere jeder Vertrauensmann und jedes Betriebsausschussmitglied wissen muß - weil er auch als Handbuch der Glasindustrie, eine der wichtigsten Exportindustrien dieses Staates, gelten kann. Als die bedeutendste veröffentlichte Arbeit kann wohl die fast 50 Seiten umfassende Studie über die Glasbereitung, die Zusammenfassung und Produktion des Glases gelten. Alles Wissenswerte nicht nur über den Ursprung des Glases, sondern auch der ganze Produktionsprozeß, die verschiedenen Arten der Glasindustrie wird dargestellt, wodurch die Studie ein kleines Lehrbuch für jeden Glasarbeiter, der an seiner fachlichen Fortbildung arbeitet, ist. Der Kalender enthält auch ein Verzeichnis sämtlicher Glas verarbeitenden Firmen der Tschechoslowakei, eine Übersicht über die deutsch Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei, sowie insbesondere die verschiedensten wissenschaftlichen Angaben über den deutschen Glasarbeiterverband. Der Kalender kostet für Verbandsmitglieder K 7.50, für Nichtmitglieder 12 K und kann durch den Zentralverband der Glasarbeiter in Lannowald bezogen werden. Es sollte keinen Glasarbeiter in der Tschechoslowakei geben, der dies kleine Buch nicht besitzt.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation Osm. 10. Dezember, 9 Uhr vorm., Gasthaus 'Zum Nordmährler', Böhmengasse 3. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Referat des Abg. Gen. Fadenberg: Wirtschaftskrise, Parlament und Partei. 3. Referat des Gen. Dr. Kraus: 4 Jahre Gemeinbearbeitung und die kommenden Wahlen. 4. Wahlen. Die Lokalorganisationen werden aufgefordert, sich möglichst zahlreich an der Konferenz zu beteiligen.

Kunst und Wissen.

Aus Prager Konzerten.

Es wird immer klarer, daß wir einer (vielleicht und hoffentlich nur vorübergehenden) Konzertdämmerung entgegengehen. Denn für die Konzertführung unseres Gegenwartspublikums ist nicht so sehr die anhaltende Tenebration im Konzertsaal oder die aus der Ueberfülle der Konzertereignisse entstandene allgemeine Konzertüberfüllung verantwortlich zu machen als der in unermindelter Kraft sich geltend machende Drang zum Kino.

Den schlagendsten Beweis dieser Erkenntnis lieferte der letzte Kammermusikabend des Prager deutschen Volksbildungsvereins 'Urania'. Denn trotz ungläublich billiger Eintrittspreise und Vermittlung hochwertigster Kunst fand er nur ein bescheidenes Auditorium. Was beweist, daß alle aufopfernden Bestrebungen, das Volk zur Kunstteilnahme im Konzertsaal zu gewinnen, an der mächtigeren Konkurrenz des Lichtspieltheaters scheitern werden. Dabei hätte dieser Kammermusikabend der 'Urania' sogar eine besondere Anziehungskraft ausüben müssen. Da eine im besten Ruf stehende Kammermusikvereinigung, das Münchener Streichquartett, zum erstenmal vor das Prager Publikum trat. Die Münchener Künstler haben die in sie gesetzten Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllt. Sowohl ihr technisch vollkommenes Zusammenwirken als auch die erschöpfende Innerlichkeit ihres Vortrages und nicht zuletzt ihr musterhaftes, der Quartettkunst Mozarts, Beethovens und Brahms' dienendes Programm verriet das echte, nur um der Kunst selbst willen sich betätigende Künstlerum.

Einer womöglich noch größeren Teilnahmslosigkeit des Publikums begegnete der Kammermusikabend des Berliner Waghalter-Quartetts in der Produktionsbörse, einer nicht minder ausgezeichneten Kunstvereinigung, deren Hauptstärke aber weniger das ursprüngliche klassische Kammermusikspiel ist als die Originalität dynamischer Wirkungen. Sie spielten je ein Quartett von Liszainowski und Schubert und ein herzlich unbedeutendes Quartett des unmodern-modernen Italiener Respighi. Am Gegenjase zur allgemeinen Stagnation in unserem Konzertleben wirkten zwei Ereignisse im Prager Konzertsaal fast paradox: das Wiedererschel-

nen der Sakschen Philharmonie und das Debütkonzert einer neugegründeten deutschen Kunstvereinigung. Die Saksche Philharmonie, die vor Jahrelang infolge finanzieller, durch die Teilnahmslosigkeit des Publikums verschuldeten Schwierigkeiten ihre künstlerische Tätigkeit eingestellt hatte, hat diese nunmehr mit einem fechtlichen Eröffnungskonzert wieder aufgenommen. Wir wünschen diesem tüchtigen Orchesterkörper und seinem rührigen Dirigenten vom Herzen eine gedeihlichere Entwicklung als im Saison-Vorjahre.

Außerordentlichen äußeren und künstlerischen Erfolgs hatte das Debütkonzert der neugegründeten Prager deutschen Saksche Kunstvereinigung in der Mattheiserkirche. Erfreulich vor allem die Tatsache, daß das Publikum zu dieser unter dem stillvollen Titel einer 'geistlichen Abendmusik' ins Werk gesetzten Veranstaltung in Scharen herbeigeströmt war. Das Programm enthielt Werke italienischer und deutscher Meister des 16. und 17. Jahrhunderts, darunter eine interessante, eine Art Gelegenheitsrequisiem darstellende Sonate des Heinrich Schütz-Schülers Christoph Bernhard. Die Ausführung der Werke unter der Leitung Karl Kobak und getragen von den solistischen Leistungen Fr. Kippl (Alt), Prof. Nowakowski (Orgel), Prof. Kraus (Tenor) und Prof. Dr. Fortner (Bass) läßt von den weiteren Veranstaltungen der neuen Kunstvereinigung das Beste erhoffen. Umsonst, als sie vor allem volkshilferische Ziele zu verfolgen scheint.

Volkshilferischen Zwecken diente auch ein Abendabend des Deutschen Volksgesangvereins im großen 'Urania'-Saale. Seine Vortragsordnung trug wie immer dem Volkslied in erfreulicher Weise Rechnung. Aber auch in schwierigen Kunststücken, wie Hermann Guiters 'Abend' und Mair's 'Adina Ring', zeigte der in der staatlichen Zahl von 100 Sängern sich präsentierende Verein seine durch den ersten Chorleiter Josef Seifert erworbenen außerordentlichen chorgerichteten Fähigkeiten. Zu wünschen bleibt nur, daß das junge Ensemblematerial sich dem ausgeprägten Chorklang unterordnen lernt. Als Solisten bei diesem Konzert wirkten Frau Tsch, eine vor allem stimmlich reich gesegnete Sopranistin, ein sympathischer Violonist namens Stroner und der Anstalts-Schüler Schubert, dessen Klavierbeiträge zwar hinlänglich, technische Fertigkeit, aber wenig künstlerischen Ernst erkennen ließen.

Unter den Solistenkonzerten muß in erster Reihe der im Rahmen der 'Urania'-Veranstaltungen abgehaltene Abendabend des Münchener Kammerjägers Brodersen genannt werden. Er war die erste Station eines von der 'Urania' unter dem Titel 'Das deutsche Lied in Wort und Ton' vorbereiteten Zykles. Dessen weitere Abende werden erst erwelken müssen, ob sein Titel nur ein verheißungsvolles Reklamewort ist oder ob er sein angekündigtes Ziel durch systematisch geordnete Darbietungen erreicht. Programmatisch war der Abendabend Brodersens ein Festspiel. Schuberts und Richard Strauß' Liederspiel lassen sich nicht gegenüberstellen, ohne Schubert zu nützen und Strauß zu schaden, ganz abgesehen davon, daß Richard Strauß keineswegs eine von den Mustergattungen des deutschen Liedes vertritt. Als Konzertsänger hat Brodersen interessiert, wenn auch nicht überzeugt; schon der Stimmschmelze seines breitausformenden Baritons prädestiniert ihn mehr zum Opernsänger als für den Konzertsaal.

Beachtenswerte Solistenkonzerte gaben noch: Die ausgezeichnete jugendliche tschechische Geigerin Ervina Prokeš, der Pragerer Baghariton Blaschke und das Schwesterpaar Paganini (Violine und Klavier). Daß auch die russische Kunst wieder mit einem ihr gewidmeten Kunstabend vertreten war, dessen glänzendes Programm die ebenso berühmte wie ausgezeichnete russische Schauspielerin Gajowa, ihr gediegener Partner Gaidorow und der Klaviervirtuose Radimannov bestritten, sei der Vollständigkeit halber anerkennend festzustellen. Edwin Janetschek.

'Die Boheme'. Es war der Hauptvortrag der mittwochigen Aufführung im Deutschen Theater, daß sie die Grundstimmung dieses 'fröhlichen, schrecklichen Daseins' der tapferen Abenteurer aus dem Quartier Latin traf, und nicht in überfentimentalischer Kleinalerei sich verlor. Fräulein Wüllers Nimi ist ein Genuß, der sich durch öferes Anhören noch steigert und einen bräutigen Gegensatz mit Frau Siffkops Missete bildet. Herr Maxion (als Gast an Anstellung) sang den Rudolf recht brav, doch läßt er, auch in Spiel und Erscheinung jenes gewinnende Etwas vermissen, das den Zuhörer erwärmt. Volumen und sinnlicher Reiz seiner Stimmmittel entsprechen in der hohen Lage wohl, aber die Mittellage klingt trocken. Die Herren Fuchs, Dänen, Sterned und Kapellmeister Niens trugen zum Gelingen des Abend beträchtlich bei. Dr. F. R.

Vortrag Reisen in der 'Urania'. Der bekannte Staatsrechtler der Wiener Universität Professor Kelsen sprach Mittwoch über 'Die politische Theorie des Sozialismus'. Er prüfte dessen Verhältnis zum Anarchismus, wobei er die übliche Unterscheidung (der Anarchismus lehnt jeden Rechtszwang grundsätzlich ab, während der Sozialismus dem Staat einen gerechteren Inhalt geben will) verwirft und sich hiebei auf Lenins Schrift 'Staat und Revolution' beruft. Als Folge der Akkumulation des Kapitals und der Verelendung der arbeitenden Klasse erscheine die Bildung einer erdrückenden Mehrheit auf der Seite des ausgebeuteten Proletariats. Dies rechtfertigt für Kelsen die sozialistische Bewegung. Der Vortragende wendet sich nun der Neugestaltung nach der Eroberung der politischen Macht zu: Die Diktatur des Proletariats. Reisen verweist wiederum auf Lenin, der betone, daß die Diktatur noch ein Staat sei, der jedoch die Ausbeutung verhindern soll und die radikale Veseitigung der Klassengegensätze zum Ziel hat. Daher sei die Identifizierung von Staat und Klassenherrschaft als Ausbeutungsorganisation widerspruchsvoll. Durch die Diktatur wird den Kapitalisten das Eigentum an den Produktionsmitteln entzogen und an den Staat übertragen; die Konsumtion wird staatlich reguliert, der

Staat Sorge für alle Bedürfnisse, so daß prinzipiell Staat und Gesellschaft zusammenfallen. Nachdem also der Verwaltungsapparat an Intenität und Extensität so sehr gewonnen, trete dann ein merkwürdiges Ereignis ein: der Staat verschwinde, er schließt ein, stirbt ab. Diese Gedankengänge des Kommunismus kommen aber nach Reisen der anarchoistischen Theorie gleich, er nennt sie die 'Theorie des marxistischen Anarchismus'. Der Vortragende polemisiert nun, wesentlich ökonomisch fundiert, gegen das Endstadium dieser Entwicklung, indem er auf die Notwendigkeit hinweist, der kommenden Steigerung der Bedürfnisse mit einer Steigerung der Produktion zu entsprechen. Es sei Utopie, auf eine Verringerung der menschlichen Natur zu rechnen; Reisen verweist dabei wiederum auf Lenin, der sage, daß der Mensch von Natur aus gut sei und nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihn schlecht mache. Die politische Theorie des Sozialismus entferne sich also so weit vom Boden der Wirklichkeit als die ökonomische Theorie sich an den Boden der Tatsachen halte. So nege im wissenschaftlichen Sozialismus ein Widerspruch, den erst die bolschewistische Theorie klargestellt habe; dies werde aus dem Gegensatz zweier Weltanschauungen verständlich, der metaphysisch-absoluteistischen und der relativistischen verständlich. Ein grundlegendes Mangel des Vortrages nimmt vor allem den kritischen Bemerkungen ihre Berechtigung. Es führt in der Regel zu Mißverständnissen, wenn man das System des wissenschaftlichen Sozialismus in Begriffserreichen irgendeiner bürgerlichen Wissenschaft aufzulösen oder zusammenzufassen versucht. Ebenso unbrauchbar ist es, eine politische Theorie des Sozialismus zu konstruieren und - was der Vortragende wiederholt tat - sich hiebei auf das ökonomische Gebiet zu begeben. - Die ökonomischen Betrachtungen des Sozialismus liegen in einer Ebene und bilden keine Grundlage; die politischen Gedankengänge gehen linear, im Zie-Zag, durch verschiedene Ebenen der gesellschaftlichen Entwicklung, für deren Erklärung mit den Erkenntnissen der bisherigen bürgerlichen Wissenschaft nur der verfeinerte Begriff der modernen Soziologie in Betracht käme. -ak.

Weinberger Theater. Karel Capel: 'Das Verfahren Makropulos' (Voc Makropulos). Vor gefülltem Hause fand vorgestern die Premiere des neuesten Werkes von Karel Capel, des schnell berühmten gewordenen Verfassers der phantastischen Komödie 'R. U. R.' statt, die gegenwärtig auch in Deutschland mit Erfolg gespielt wird. Auch das neue Werk handelt in derselben halbphantastischen Welt, indem es die Handlung eines modernen Salonstückes auf märchenhafte Voraussetzungen aufbaut. Doch tritt hier die Phantastik nicht wie bei 'R. U. R.' gleich anfangs in Erscheinung, sondern erst zu Ende, so daß die beiden ersten Akte mit ihrem flüssigen Dialog und ihrem gewandten, ja fast alzu eleganten Aufbau einer richtigen französischen Konversationskomödie gleichen, mit allen Vorzügen und Fehlern des Genres. Der Inhalt ist kurz folgender: In einem hundertjährigen Erbschaftstreit wird plötzlich Licht gebracht durch das Eingreifen der berühmten Sängerin Emilia Martz, die genaue Angaben über Inhalt und Aufbewahrungsort des vor hundert Jahren verstorbenen Testaments macht. Als Gegenleistung erbittet sie sich von dem glücklichen Erben ein Dokument, das mit dem Testament zugleich gefunden wurde, ein verschlossenes Koubert mit der Aufschrift: Verfahren Makropulos. Auf Befragen des Advokaten, der eine Urkundenfälschung vermutet, erklärt sie, das geheimnisvolle Koubert enthalte ein Verjüngungsrezept, das ihr Vater Hieronymus Makropulos, Leibarzt Kaiser Rudolf II., anno 1600 für diesen angefertigt und an seiner Tochter ausprobiert habe. Sie sei demnach 337 Jahre alt und wisse daher um vergangene Dinge. Heute sei sie müde und schenke das Rezept weg. Ein junges Mädchen, eine arme, kleine Christin, nimmt und verbrennt es, weil sie das für die Menschen besser achtet. - Das Stück berührt damit das sehr interessante Motiv, doch hat Capel den Stoff weder ins Hochtragische gewendet, wie etwa Wagner mit seiner Kunden, noch auch vollständig ins Grotesk-komische, was auch ein Mißgeschick wäre. Das Stück enthält sehr viel Geistreiches und Witziges, aber der Schluß ist ernst, ohne sich zu wirklicher Tragik zu erheben. Auch einzelne Inkonsequenzen enthält es: Von der heukumstrittenen Erbschaft ist plötzlich gar nicht mehr die Rede; ein junger Mann erschleicht sich,

ohne daß die zunächst beteiligten Personen, sein Vater und seine Braut, sonderlich Notiz davon nehmen. Im Gegenteil, es hält sie das nicht ab, über das genannte Rezept zu philosophieren. Dies ist vielleicht der empfindlichste Mangel des Stückes. Der Schluß ist hübsch gedacht, aber nicht genug originell. - Die Aufführung in der geschmackvollen Ausstattung Wenig's stand selbstverständlich unter der wirkungsvollen Regie des Autors. Die äußerst schwierige Hauptrolle der Emilia Martz lag in den Händen der Frau Dostal, die sie höchst plastisch durcharbeitete und mit außerordentlicher Grazie ausstattete. Vorzüglich fand sich auch der jugendliche Komiker Beyerla in die ihm diesmal zugewiesene Liebhaberrolle. Der Beifall war nach den ersten zwei Akten äußerst lebhaft, von dem dritten Akt war das Publikum sichtlich verblüfft und wachte sich nach gleich hineinzuweisen. Dr. R. A.

Arbeitervorstellung 'Das vierte Gebot', Gastspiel Rudolf Tyrolt. Sonntag, den 26., halb 8 Uhr nachmittags im Neuen Theater. Kartenerwerb bei Opern-Deutscher, Graben 25, Kleiner Hofsaal.

Neues Theater. Heute, den 24.: 'Der Barbier von Bagdad'; Samstag, den 25.: 'Die Braut des Lucullus'; Sonntag, den 26.: nachmittags Arbeitervorstellung, Gastspiel Tyrolt, 'Das vierte Gebot', abends 'Die Braut des Lucullus'.

Kleine Bühne. Samstag, den 25.: 'Haben Sie nichts zu verzollen'; Sonntag, den 26.: 'Bauhaus'.

'Clarissa halbes Herz'. Max Probs Komödie einer Künstlererhe, die in Königsberg dieser Tage einen stürmischen Lustspielersfolg errang, gelangt am 1. Dezember zur Prager Erstaufführung. Die Hauptrolle der großen Tragödin und Liebeskünstlerin Clarissa Purbas-Gard wird von Blanche Bergan-Berlin als Gast kreiert.

Turnen und Sport.

Die Sonntag-Wettspiele in Prag. Slavia gegen Sparta am Claviaplatz; DFC gegen Deutsche Sportbrüder, Ruselky SK gegen Viktoria Russe, Tschie Karlin gegen UJSC, Meteor Weinberge gegen Viktoria Weinberge, SKR Brkovic gegen Union Brkovic, SKR Libeh gegen Slavo VII.

Schwimmen. Neue Weltrekords Weismüller's. In Milwaukee verbesserte John Weismüller den 100 Yards-Weltrekord im Rückenschwimmen des Hawaianers Keoloha auf 1:06.8 (früher 1:08.2). Am selben Tage konnte Weismüller den 100 Meter-Rückenschwimm-Weltrekord Keoloha's mit 1:12.6 ausgleichen.

Sport-Sonderzüge ins Riesengebirge. Zur Hebung des Wintersportverkehrs im Riesengebirge werden von Prag Wilsonbahnhof am 7., 9., 16., 23., 26. und 30. Dezember 1922, am 5., 13., 20., 27. Jänner, am 3., 10., 17., 24. Feber 1923 über Bietan-Privot, Turnau, Altpafs nach Trautenau Sonderpostschnellzüge nur mit Wagen dritter Klasse eingeleitet werden. Auf der gleichen Strecke verkehren dieselben Züge am nächsten Tage zurück nach Prag. Abfahrt des Sonderzuges von Prag um die 14. Stunde, Ankunft in Trautenau um die 19. Stunde. Rückfahrt von Trautenau um 19 Uhr 30 Min., Ankunft in Prag um die 24. Stunde. - Für den Fall, als im März des Jahres 1923 im Riesengebirge noch günstige Sportverhältnisse herrschen sollten, werden diese Züge auch im März an Samstagen, bzw. Sonntagen verkehren.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angehörigen in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Jägerstraße 4. Samstag, den 25. November 1922 abends gemächliche Zusammenkunft im Café 'Nizza', Weinberge, Jungmannstraße, Rastehausbetrieb. 1216

Herausgeber: Dr. Ludwlg Tsch und Karl Czermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

!! Soeben erschienen !!
E. E. KISCH
Soldat im Prager Korps.
In Halbleinen gebd. Kó 24.80. - Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom Verlag
K. ANDRÉ, PRAG
Pflkopy 969. 120
Gegen Vorauszahlung des Betrages zugülich Kó 240 für Porto und Verpackung oder Nachnahme.
Aus Besprechungen: Rückichtsloser Naturalismus. - Der Krieg des 'gemeinen' Mannes... Kriegslagebuch des Reporters E. E. K., man merk sofort mit großem Vergnügen, daß man es wieder mit einem echten Kisch zu tun hat - E. E. K., das ist Dein bestes Buch! -

Bio-Programm
vom 24. November bis 30. November.
Lido-Bio
GERHARDT HAUPTMANN
„Hanneles Himmelfahrt.“
Tragödie eines Waisenkindes in 5 Akten.
Nächstes Programm! **OSSI OSSWALDA**

Wo verkehren wir?
Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Relazanka.
Gastwirtschaft **Deutsches Vereinshaus**
Prag, Smecchy 22 (Urania). 1090

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft **„Lidový dóm“**
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich PRAG II., Hybornská Nr. 7.
Teplitz-Schönau.
CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.